

13a

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Februar 1959

11. Jahrgang · Heft 2

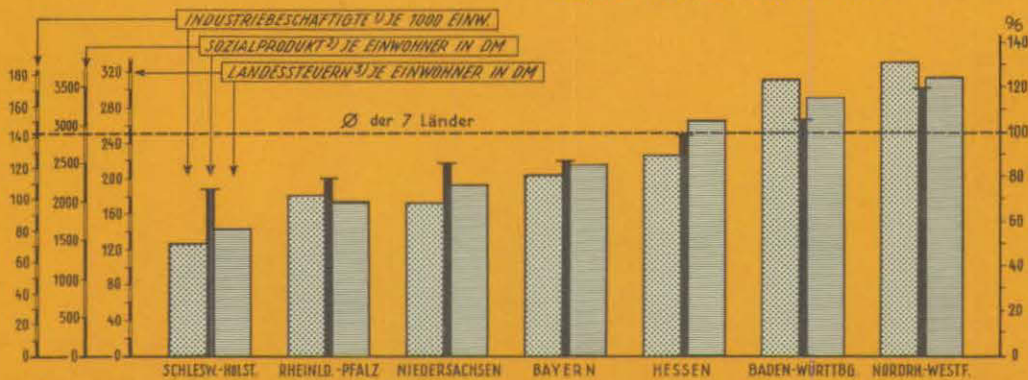


INHALT

Aktuelle Auslese	25	Die Entwicklung der Nutzvieh-	
Aus dem Inhalt	26	haltung (Teil 3)	36
Die Landtagswahl am 28. 9. 1958		Die Krankenanstalten in	
in Schleswig-Holstein (Teil 2)	28	Schleswig-Holstein 1954-1957	41
Die berufliche und soziale		Kurzberichte	47
Eingliederung der Vertriebenen	29	Tabellenteil	9*

D-2412

INDUSTRIALISIERUNGSGRAD UND LANDESSTEUERAUFKOMMEN 1957
SOWIE SOZIALPRODUKT 1956



¹⁾ nach der monatlichen Industriebeschäftigtenzahl, ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft
²⁾ Inlandsprodukt zu Faktorkosten ³⁾ nach Abzug des Bundesanteils

Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Kiel

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG - HOLSTEIN

	Einheit	Monatsdurchschnitt		Veränderung in %
		August 1957 bis Dezember 1957	August 1958 bis Dezember 1958	
BESCHÄFTIGUNG				
Arbeitslose	1 000	46	37	- 20
INDUSTRIE				
Produktionsindex ^{1 2}	1950=100	230	235	+ 2
Beschäftigte ³	1 000	170	163	- 4
Umsatz ^{1 3 4}	Mio DM	498	518	+ 4
Geleistete Arbeiterstunden ^{3 5}	Mio	26,2	24,9	- 5
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT				
Geleistete Arbeitsstunden ^{1 6}	Mio Std	9,3	10,6	+ 14
Erteilte Baugenehmigungen ⁷	Anzahl	1 351	1 634	+ 21
HANDEL				
Ausfuhr ¹	Mio DM	72,6	78,4	+ 8
Einzelhandelsumsatz	1957=100	110	114	+ 3
VERKEHR				
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	2 536	3 000	+ 18
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)				
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950=100	103	99	- 4
Preise ausgewählter Grundstoffe	1950=100	133	131	- 2
Erzeugerpreise				
industrieller Produkte	1950=100	124	125	+ 1
landwirtschaftlicher Produkte ⁸	1950/51=100	132	129	- 2
Lebenshaltungsindex ⁹				
insgesamt	1950=100	117	119	+ 2
Ernährung	1950=100	124	124	-
GELD UND KREDIT				
Kurzfristige Kredite ¹⁰				
Bestand	Mio DM	868 ^a	920 ^a	+ 6
Ab- bzw. Zunahme	Mio DM	-10 ^a	+ 5 ^a	x
Mittel- und langfristige Kredite ¹¹				
Bestand	Mio DM	1 742 ^a	2 104 ^a	+ 21
Zunahme	Mio DM	28 ^a	34 ^a	x
Spareinlagen ¹²				
Bestand	Mio DM	819 ^a	1 010 ^a	+ 23
Zunahme	Mio DM	12 ^a	11 ^a	x
STEUERAUFKOMMEN				
Umsatzsteuer ¹³	Mio DM	30	32	+ 5
Landessteuern ¹⁴	Mio DM	41	53	+ 28

1) 1958 vorläufiges Ergebnis 2) Gesamtindustrie mit Energieerzeugung (ohne Bau) 3) in Betrieben mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten 4) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 5) einschl. Lehrlingsstunden 6) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet) 7) Wohngebäude und Nichtwohngebäude (Neubau und Wiederaufbau) 8) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni Neuberechnung; siehe "Wirtschaft und Statistik" Heft 7, Juli 1956, Seite 352 9) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltung; mittlere Verbrauchergruppe mit monatlich rund 300 DM Lebenshaltungsausgaben bzw. 360 DM Haushaltseinnahmen 10) an die Nichtbankenkundschaft 11) an die Nichtbankenkundschaft; einschl. durchlaufender Kredite 12) Einlagenbestand am Monatsende 13) einschl. Umsatzausgleichsteuer 14) einschl. des an den Bund abzuführenden Anteils an den Einkommensteuern
a) Monats-Ø aus 4 Monaten gebildet (August bis November)

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Februar 1959



11. Jahrgang · Heft 2

Aktuelle Auslese

GESAMTEINLAGEN DER SPARKASSEN ÜBER 1 MILLIARDE DM



Die dem Sparkassen- und Giroverband Schleswig-Holstein angeschlossenen 61 Sparkassen verzeichneten am 31. 12. 1958 einen Einlagenbestand der Nichtbankenkundschaft von insgesamt 1 093 Mio DM. Die darin enthaltenen 706 Mio DM Spareinlagen machten zwei Drittel der Spareinlagen aller berichtspflichtigen Kreditinstitute in Schleswig-Holstein aus. Mit 23% war die Sparzuwachsrate der Sparkassen im Jahre 1958 geringfügig höher als 1957 (+ 22%).

KÜRZERE ARBEITSZEIT, HÖHERE VERDIENSTE IN INDUSTRIE UND BAUGEWERBE



In Industrie und Baugewerbe arbeiteten die männlichen Arbeiter im November 1958 durchschnittlich 45,5 Stunden je Woche (November 1957: 46,6 Stunden) und die Frauen 42,2 Stunden (November 1957: 43,7 Stunden). Dabei verdienten die Männer im Durchschnitt 2,48 DM brutto je Stunde und die Frauen 1,57 DM, so daß sich ein Bruttowochenverdienst von 119 DM bei den Männern und von 70 DM bei den Frauen ergab, der um 7 DM bzw. 6 DM höher lag als im November 1957.

HÖHERE GEHÄLTER DER ANGESTELLTEN

Die Angestellten in Industrie und Baugewerbe verdienten im November 1958 durchschnittlich

	männlich	weiblich
kaufmännische Angestellte	599 DM	392 DM
technische Angestellte	703 DM	412 DM

Gegenüber November 1957 haben sich die Monatsgehälter der kaufmännischen Angestellten um 34 DM bzw. 29 DM, die der technischen Angestellten um 39 DM bzw. 25 DM erhöht. Im Handel verdienten die männlichen kaufmännischen Angestellten im Durchschnitt 550 DM und die weiblichen 334 DM (+ 28 DM bzw. + 24 DM).

WENIGER WOHNUNGEN ALS 1957 FERTIGGESTELLT



Mit 18 392 fertiggestellten Wohnungen lag der Bauerfolg des Jahres 1958 um 16% unter dem des Jahres 1957 mit 21 822 Wohnungen.

SOZIALER WOHNUNGSBAU ÜBER DEM BUNDESDURCHSCHNITT

1957 wurden in Schleswig-Holstein 10 800 Wohnungen mit öffentlichen Mitteln gefördert. Auf 10 000 Einwohner kamen damit 48 Wohnungen, im Bundesdurchschnitt dagegen nur 42 Wohnungen.

RÜCKGANG DER IM ÖFFENTLICH GEFÖRDERTEN SOZIALEN WOHNUNGSBAU VERANSCHLAGTEN FINANZIERUNGSMITTEL

Im Jahre 1957 betrug die Summe der im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau veranschlagten Finanzierungsmittel 257 Mio DM. Sie war damit um rund 30% niedriger als 1956 mit 364 Mio DM. Der Durchschnittsbetrag je Einwohner betrug 1957 in Schleswig-Holstein 114 DM, im Bund nur 107 DM.

Aus dem Inhalt

Die Landtagswahl am 28.9.1958 in Schleswig-Holstein -Teil 2-

Seite 28

Der in diesem Heft veröffentlichte Aufsatz bringt weitere Ergebnisse über die Landtagswahl vom September 1958 in Schleswig-Holstein. Er beschäftigt sich mit der Wahlbeteiligung und Stimmenabgabe nach Geschlecht und Altersgruppen. Wie bereits bei früheren Wahlen wurde auch bei dieser Wahl in 97 Stimmbezirken nach Geschlecht und Alter getrennt gewählt. Auf diese Weise konnten 4,4% aller Wahlberechtigten erfaßt werden. Geschlechterproportion und Altersaufbau der Wahlberechtigten in diesen ausgewählten Stimmbezirken entsprach weitgehend dem in ganz Schleswig-Holstein.

Die Sonderauszählung ergab, daß sich - wie auch bei früheren Wahlen - die Männer stärker an der Wahl beteiligten als die Frauen. Die jungen Wähler (21 bis unter 25 Jahre alt) enthielten sich bei beiden Geschlechtern am stärksten der Wahl. Eine Aufgliederung der abgegebenen gültigen Stimmen nach dem Geschlecht zeigt, daß die Frauen die CDU bevorzugten, und zwar am stärksten in den höheren Altersgruppen. Die Männer wählten die beiden großen Parteien (CDU und SPD) mit je rund 40% fast gleich häufig. Es ließ sich ferner feststellen, daß der GB/BHE besonders von den über 60jährigen gewählt wurde, denn 31% der weiblichen und 36% der männlichen GB/BHE-Wähler waren über 60 Jahre alt gegenüber 27% bzw. 28% aller Wähler. Die jugendlichen Wähler (21 bis unter 30 Jahre) waren am stärksten bei der SPD vertreten.

Die berufliche und soziale Eingliederung der Vertriebenen

Seite 29

Im Zusammenhang mit der Ausgabe der Vertriebenen- und Flüchtlingsausweise wurde eine Statistik aufgestellt, die den Stand der wirtschaftlichen und sozialen Eingliederung der Vertriebenen und Sowjetzonenflüchtlinge im Vergleich zu deren Lage vor der Vertreibung bzw. Flucht feststellen sollte. Der vorliegende Aufsatz bringt die Ergebnisse dieser Statistik. Er beschränkt sich jedoch auf die Auswertung der Anträge auf den Ausweis A und B und gibt die Verhältnisse etwa zu Beginn des Jahres 1955 wieder.

Von den 469 000 Antragstellern für die Ausweise A und B, die in die statistische Auswertung einbezogen wurden, kamen rund 80% aus den an die Ostsee grenzenden Gebieten (Pommern,

Danzig, Ostpreußen, Memelgebiet, Baltikum) nach Schleswig-Holstein.

Infolge des inzwischen veränderten Altersaufbaus des erfaßten Personenkreises ist der Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtzahl der Antragsteller von 51% im Vertreibungszeitpunkt auf 46% im Erhebungszeitpunkt zurückgegangen. Eine Aufgliederung der Erwerbstätigen nach Berufsabteilungen vor und nach der Vertreibung zeigt, daß sich die industriellen und handwerklichen Berufe inzwischen stark in den Vordergrund geschoben haben, während der Anteil der Angehörigen der landwirtschaftlichen Berufe kleiner geworden ist. Die Verschiebungen in der Aufgliederung der Erwerbstätigen nach der Stellung im Beruf lassen die durch die Kriegereignisse und die Flucht verursachte soziale Umschichtung der Vertriebenen deutlich werden. So ist z. B. der Anteil der Selbständigen an der Zahl der Erwerbstätigen von 18 auf 8% zurückgegangen. Die Gruppe der Arbeiter hat ihren Anteil an der Gesamtzahl der vertriebenen Erwerbstätigen von 36 auf 60% ausgedehnt. Ein noch deutlicheres Bild von den sozialen Umschichtungen ergibt sich, wenn die in den einzelnen Altersgruppen eingetretenen Verschiebungen getrennt nach Alter und Geschlecht der Antragsteller untersucht werden. Im Aufsatz werden hierüber Ergebnisse für sieben Altersgruppen aufgeführt. Eine wesentliche Aussage in diesem Zusammenhang ist, daß eine berufliche Eingliederung der älteren männlichen Vertriebenen nur in beschränktem Umfange möglich war. - Von den 25 800 männlichen Antragstellern, die vor der Vertreibung selbständig waren, gingen im Erhebungszeitpunkt noch 63% einer Erwerbstätigkeit nach, jedoch nur knapp drei Zehntel von ihnen wieder als Selbständige. Von den männlichen Angestellten konnten nach der Vertreibung 43% diesen Status beibehalten, von den männlichen Beamten blieben 51% weiterhin als Beamte im Dienst. Die männlichen Arbeiter waren die Gruppe mit der geringsten Umschichtung; 68% sind nach wie vor Arbeiter. - Von den männlichen Vertriebenen arbeiteten im Zeitpunkt der Erhebung 36% wieder im gleichen Beruf wie vor der Vertreibung.

Die Entwicklung der Nutztviehhaltung

-Teil 3-

Seite 36

Dieser Aufsatz gehört zu einer Reihe grundsätzlicher Abhandlungen über die Entwicklung der Nutztviehhaltung in Schleswig-Holstein.

Über die Pferde- und Rinderhaltung wurde bereits berichtet.

Die meisten Schweine werden in Schleswig-Holstein in den landwirtschaftlichen Betrieben aufgezogen und gemästet. Ende des Krieges war der Schweinebestand sehr zusammengeschrumpft. Er wurde aber nach 1947 schnell wieder aufgebaut, so daß 1957 18% mehr Schweine vorhanden waren als 1931. Im Jahre 1957 wurden insgesamt 1,3 Mio Schweine gehalten. Der Anteil der schweren Mastschweine am gesamten Schweinebestand ist heute (1957: 13%) niedriger als 1951 (19%). Der Anteil der Zuchtsauen hat in diesem Zeitraum von 8 auf 10% zugenommen. Im allgemeinen schwankt der Anteil der Jungsauen am gesamten Sauenbestand zwischen 25 und 35%. - Für die einzelnen Naturräume Schleswig-Holsteins lassen sich Unterschiede in der Schweinehaltung gut aufzeigen. So werden in der Marsch, wo die landwirtschaftliche Nutzfläche vieler Betriebe zu einem großen Teil aus Grünland besteht, weniger Schweine auf 100 ha LN gehalten als auf der Geest und im Osten des Landes. Vor 25 Jahren gab es die meisten Schweine je ha LN auf der Hohen Geest. Heute hat das Hügelland den höchsten Schweinebesatz. 1957 kamen in der Marsch 73 Schweine auf 100 ha LN, in der Hohen Geest waren es 113 und im Hügelland 119.

Die Krankenanstalten in Schleswig-Holstein

1954 — 1957

Seite 41

Ende 1957 gab es in Schleswig-Holstein 146 Krankenanstalten, acht weniger als 1954. Zwischen 1954 und 1957 wurde über die Hälfte der Anstalten von öffentlichen Körperschaften unterhalten, rund ein Drittel waren Privatkliniken. Die übrigen Krankenanstalten wurden von freien gemeinnützigen Organisationen getragen. Von den Ende 1957 in Schleswig-Holstein bestehenden Anstalten waren 60 allgemeine Krankenanstalten und 84 Fachanstalten. - In den

146 Krankenanstalten des Landes standen Ende 1957 insgesamt 25 900 Normalbetten, 10% weniger als 1954. Abgenommen hat die Zahl der Betten in den allgemeinen Krankenanstalten sowie in den Fachanstalten für Tbc-Krankheiten, zugenommen hat sie in den psychiatrischen Krankenanstalten und in den Anstalten für Frauenkrankheiten. Ende 1957 wurde die Hälfte aller im Lande vorhandenen Normalbetten von allgemeinen Krankenanstalten und etwa ein Viertel von den Fachanstalten für Psychiatrie gestellt. Im Durchschnitt der Jahre 1954 bis 1957 waren etwa 14% der insgesamt im Lande bereitstehenden Betten ausschließlich für Patienten aus anderen Bundesländern reserviert. Ende 1954 standen in den Krankenanstalten des Landes für je 10 000 Einwohner 106 Betten bereit, am 31. 12. 1957 betrug die Bettenziffer nur noch 97. Bei diesen Berechnungen werden sowohl die Betten in den gynäkologisch-geburtshilflichen Krankenanstalten und Entbindungsheimen als auch die Betten für Patienten anderer Bundesländer außer acht gelassen. - In den Fachabteilungen der schleswig-holsteinischen Krankenanstalten (ohne Psychiatrie) wurden 1957 265 000 Patienten stationär behandelt. Mehr als die Hälfte aller stationär behandelten Patienten wurde in den beiden Fachabteilungen "Chirurgie" und "Innere Krankheiten" behandelt. Der Belegungsgrad der Betten ist seit 1954 beträchtlich gestiegen: 1954 entfielen auf ein Bett (ohne Psychiatrie) durchschnittlich 293 Pflage-tage, 1957 war jedes Bett im Durchschnitt 332 Tage belegt. Ein Maß für die Dauer des Aufenthaltes in den Krankenanstalten ist die durchschnittliche Verweildauer, die für 1957 mit 25 Tagen gegenüber 27 Tagen im Jahre 1954 errechnet wurde (ohne psychiatrische Krankenanstalten). - Für Ende 1957 meldeten die Krankenanstalten einen Personalstand von insgesamt 14 103 Bediensteten. Die Zahl der hauptamtlichen Anstaltsärzte ging im Berichtszeitraum von 1 057 auf 968 zurück. 1957 wurden im Durchschnitt 1 000 Betten von 185 Pflegepersonen (1954: 163) betreut.

Alle Angaben für das Bundesgebiet gelten, wenn nicht anders vermerkt, ohne Saarland und Berlin (West).

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Erläuterungen zu den Tabellen:

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung der Zahlen; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde. Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit. \bar{x} bedeutet Durchschnitt.

Zeichen an Zahlen bedeuten: p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl. Zeichen statt Zahlen bedeuten:

X = Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches nicht möglich oder sinnlos

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert grösser als Null, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt

... = Zahlenwert noch nicht bekannt.

Die Landtagswahl am 28. 9. 1958 in Schleswig-Holstein

Teil 2: Wahlbeteiligung und Stimmenabgabe nach Geschlecht und Altersgruppen

Wie schon in den Jahren zuvor wurde auch bei der Landtagswahl 1958 in Schleswig-Holstein in 97 Stimmbezirken nach Geschlecht und Alter getrennt gewählt. Es war Vorsorge getroffen worden, daß durch diese getrennten Wahlen das Wahlgeheimnis keinesfalls verletzt und der Wähler, in dessen Stimmbezirk getrennt gewählt wurde, auf das Vorhaben hingewiesen wurde. Mit kleinen Abweichungen, die durch unterschiedliche Stimmbezirksabgrenzungen bedingt waren, wurden die gleichen Stimmbezirke, die auch schon bei der Bundestagswahl 1957 getrennt gewählt hatten, für diese Sonderauszählung bestimmt. Das Verfahren der nach Geschlechtern getrennten Wahl, die Einteilung nach Altersgruppen sowie die Aufbereitung der Ergebnisse entsprach völlig dem Verfahren bei den Bundestagswahlen im Vorjahr¹.

68 210 Wahlberechtigte und 53 285 Wähler wurden in diesen Stimmbezirken gezählt, das entspricht 4,4% aller Wahlberechtigten und 4,3% aller Wähler.

Der Altersaufbau der Wahlberechtigten in den ausgewählten Stimmbezirken entspricht weitgehend dem in ganz Schleswig-Holstein. Von diesen Wahlberechtigten waren 55,5% Frauen und 44,5% Männer, das sind genau dieselben Anteile wie in der Gesamtbevölkerung. Ferner sind die Abweichungen zwischen den ausgewählten Stimmbezirken und dem Landeswahlergebnis hinsichtlich der Anteile der Parteien an den abgegebenen Stimmen sehr gering. Die Sonderauszählung stellt also einen recht guten Bevölkerungsquerschnitt dar und läßt günstige Schlüsse auf die Richtigkeit der repräsentativ gewonnenen Ergebnisse zu.

Die Nichtwähler

Wie schon in früheren Wahlen festgestellt, beteiligten sich die Männer stärker an den Wahlen als die Frauen. Allerdings ergeben sich bemerkenswerte Unterschiede des Wahlinteresses in den einzelnen Altersgruppen. Die jungen Wähler (21 bis unter 25 Jahre alt) enthielten sich am stärksten der Wahl; jeder dritte wählte nicht. In den beiden unteren Altersgruppen war der Anteil der männlichen Nichtwähler größer als der der weiblichen.

In allen übrigen Altersgruppen, und zwar mit steigendem Alter in wachsendem Maße, gibt es unter den Frauen mehr Nichtwähler als unter

¹) siehe Statistik von Schleswig-Holstein, Heft 24, Seite 15 ff. und Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, Jahrgang 10, Heft 4, Seite 78 ff.

Tab.1 Die Nichtwähler in % der Wahlberechtigten nach Altersgruppen

Altersgruppen in Jahren	Landtagswahl 1958			dagegen: Bundestagswahl 1957 ¹		
	Frauen	Männer	insges.	Frauen	Männer	insges.
21 bis unter 25	35,8	36,8	36,3	21,5	22,1	21,8
25 " " 30	29,5	31,0	30,2	17,2	17,6	17,4
30 " " 40	21,6	21,4	21,6	11,7	10,3	11,1
40 " " 50	18,0	16,8	17,5	9,0	7,7	8,5
50 " " 60	17,7	13,9	15,9	9,0	6,9	8,0
60 " " 70	20,6	13,6	17,6	10,3	6,5	8,7
70 und älter	33,9	19,4	27,6	22,0	10,4	16,9
insgesamt	23,2	20,2	21,9	12,7	10,3	11,7
Landesergebnis	.	.	21,1	.	.	11,8

¹) ohne Briefwähler

den Männern, in der höchsten Altersgruppe mit fast 34% besonders viele.

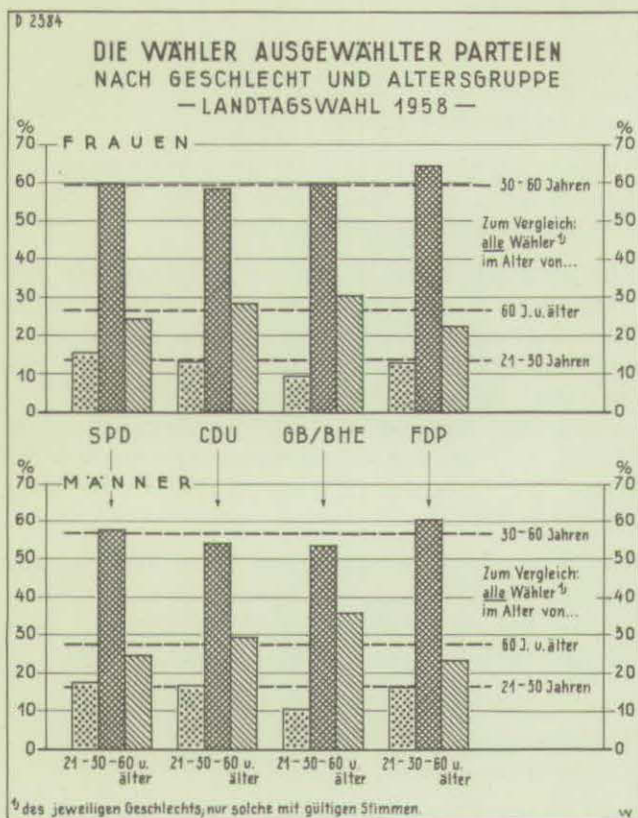
Die abgegebenen gültigen Stimmen

Eine Aufgliederung der abgegebenen gültigen Stimmen nach dem Geschlecht zeigt, daß die Frauen eindeutig die CDU bevorzugten, und zwar am stärksten in den höheren Altersgruppen. Der konstant größere Anteil der CDU an weiblichen Stimmen, und zwar sowohl bei der Landtagswahl 1954 als auch bei der Bundestagswahl 1957 und der Landtagswahl 1958, ist bemerkenswert. Die Männer wählten die beiden großen Parteien (SPD und CDU) mit je rund 40% fast gleich häufig. In der unteren und mittleren Altersgruppe wird dabei der SPD etwas mehr, in der oberen Altersgruppe der CDU eindeutig der Vorzug gegeben.

Tab.2 Anteile der Parteien an den gültigen Stimmen nach Geschlecht und Altersgruppen in %

Geschlecht Wahl Altersgruppe	SPD	CDU	GB/ BHE	FDP	übrige
Frauen					
Landtagswahl 1958	33,3	47,4	7	5	7
Landtagswahl 1954	30,0	34,5	14	7	15
Bundestagswahl 1957	28,2	51,8	8	5	7
Männer					
Landtagswahl 1958	39,6	40,2	6	6	8
Landtagswahl 1954	33,9	29,7	13	8	16
Bundestagswahl 1957	34,8	43,1	8	6	8
Landtagswahl 1958					
Frauen					
21 bis unter 30 Jahre	38,2	45,9	5	5	6
30 " " 60 "	33,6	46,3	7	6	7
60 Jahre und älter	30,3	50,5	8	4	7
Männer					
21 bis unter 30 Jahre	41,9	41,1	4	6	7
30 " " 60 "	40,8	38,7	6	7	8
60 Jahre und älter	35,8	42,6	8	5	9

Eine andere Darstellung der Zusammenhänge zwischen Partei, Geschlecht und Alter bieten die Abbildung und die Tabelle 3. In der Abbildung werden die Anteile der Altersgruppen und in Tabelle 3 die der Geschlechter an den für eine Partei abgegebenen Stimmen gezeigt.



Die Abbildung läßt z. B. erkennen, daß der GB/BHE besonders von den über 60jährigen gewählt wurde, denn 31% der weiblichen und 36% der männlichen GB/BHE-Wähler waren über 60 Jahre alt gegenüber 27% bzw. 28% aller Wähler. Ferner sind die jugendlichen Wähler (21 bis 30 Jahre alt) am stärksten bei der SPD vertreten und am schwächsten beim GB/BHE.

Tab. 3
Anteil der männlichen und weiblichen Wählerstimmen an den wichtigsten Parteien in %

Geschlecht	Von 100 gültigen Stimmen insges.	Von 100 Wählern der/des			
		SPD	CDU	GB/BHE	FDP*
waren ...					
Frauen					
Landtagswahl 1958	54,7	50,3	58,6	58,7	50,5
Landtagswahl 1954	54,8	51,5	58,2	57,5	51,7
Bundestagswahl 1957	54,4	49,0	58,8	56,0	49,7
Männer					
Landtagswahl 1958	45,3	49,7	41,4	41,3	49,5
Landtagswahl 1954	45,2	48,5	41,8	42,5	48,3
Bundestagswahl 1957	45,6	51,0	41,2	44,0	50,3

Tabelle 3 zeigt z. B. den hohen Anteil der Frauen unter allen Wählern der CDU und des GB/BHE (59% gegenüber 55% Frauen unter den Wählern aller Parteien). Die SPD und FDP wurden etwa je zur Hälfte von Männern und Frauen gewählt, von den Männern also relativ bevorzugt, da der Anteil der männlichen an allen gültigen Stimmen nur 45% betrug.

Die berufliche und soziale Eingliederung der Vertriebenen

Das Bundesvertriebenengesetz¹ bestimmte in § 15, daß Vertriebene und Sowjetzonenflüchtlinge zum Nachweis ihrer Vertriebenen- oder Flüchtlingseigenschaft Ausweise erhalten sollten. Danach waren auszustellen:

1. der Ausweis A für Heimatvertriebene,
2. der Ausweis B für Vertriebene, die nicht Heimatvertriebene sind,
3. der Ausweis C für Sowjetzonenflüchtlinge, die nicht gleichzeitig Vertriebene (Heimatvertriebene) sind.

Die Ausgabe dieser Ausweise wurde den Landesflüchtlingsverwaltungen übertragen. Der § 97 des gleichen Gesetzes sah eine Statistik vor, die den Stand der wirtschaftlichen und sozialen Eingliederung der Vertriebenen und Sowjetzonenflüchtlinge im Vergleich zu deren Lage vor der Vertreibung bzw. Flucht feststellen sollte. Diese Statistik wurde in Verbindung mit

der Beantragung der Ausweise durchgeführt. Als Erhebungsbogen diente ein besonderer Teil, der "Teil 2", des Antragsformulars, der den Statistischen Landesämtern zur weiteren Bearbeitung übergeben wurde. Die folgenden Ausführungen beschränken sich auf die Vertriebenen.

Die Antragstellung und die Ausgabe der Ausweise begann in der 2. Hälfte des Jahres 1953 und zog sich über einen längeren Zeitraum hin. Aus diesem Grunde konnte die Erhebung nicht auf einen Stichtag abgestellt werden und die statistische Auswertung verzögerte sich entsprechend. Um mit der Auswertung beginnen zu können, wurde bestimmt, daß nur die bis zum 1.3.1956 eingegangenen Anträge in die Auswertung einbezogen werden sollten. Bis zu diesem Zeitpunkt waren in Schleswig-Holstein 492 519 Anträge auf den Ausweis A und B gestellt. Nachträglich gingen bis Ende Juni 1958 noch insgesamt 40 208 Anträge A und B ein.

1) Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz) vom 19. Mai 1953; BGBl. I, Seite 201

Damit waren von den insgesamt bis Juni 1958 eingegangenen Anträgen 92% bis Ende Februar 1956 gestellt.

Die Anträge auf einen Vertriebenenausweis A bzw. B gingen am stärksten in der Zeit von Juli 1954 bis Juni 1955 ein. In diesem Zeitraum wurden insgesamt 393 456 Anträge eingereicht, das sind rund 80% der bis Ende Februar 1956 eingegangenen Anträge. Damit geben die Ergebnisse der statistischen Auswertung der Anträge etwa die Verhältnisse zu Beginn des Jahres 1955 wieder.

Die Tatsache, daß sich die Erhebung nicht auf einen bestimmten Stichtag bezog, mindert die Aussagekraft der Ergebnisse. Es darf mit Sicherheit angenommen werden, daß sich die soziale Situation vieler Antragsteller nach der Beantragung des Vertriebenenausweises geändert hat. In Schleswig-Holstein kann das Bild auch dadurch entstellt sein, daß Antragsteller, die im Zeitpunkt der Antragstellung noch nicht hinreichend eingegliedert waren, schon kurz darauf in ein anderes Bundesland umgesiedelt wurden und dort eine ihrer Berufsausbildung entsprechende Tätigkeit aufnehmen konnten. In der Statistik aber erscheinen sie weiterhin als nicht hinreichend eingegliedert.

Es muß ferner berücksichtigt werden, daß der vertreibungsbedingte Berufswechsel der Vertriebenen auf Grund des langen Zeitraumes zwischen Vertreibungszeitpunkt und Erhebungsperiode nicht eindeutig dargestellt werden kann. Dieser Zeitraum ist so groß (ca. 8 - 10 Jahre), daß auch ohne die Einwirkungen der kriegsbedingten Westwanderungen starke soziale und wirtschaftliche Strukturverschiebungen eingetreten wären. Diese Verschiebungen lassen sich jedoch nicht ausschalten, da entsprechende Vergleichszahlen für die sogenannte "einheimi-

sche" Bevölkerung, deren Sozialstruktur seit Kriegsende ebenfalls bedeutsame Umschichtungen erfahren hat, nicht vorliegen.

Insgesamt wurden in die statistische Auswertung 469 126 Antragsteller für den Vertriebenenausweis A bzw. B einbezogen. Hiervon waren 58% Frauen.

Die Antragsteller A und B nach Herkunftsgebieten

Die Auswertung des 2. Teils der Ausweisanträge ermöglichte eine Aufgliederung der Vertriebenen nach Herkunftsgebieten.

Die größte Gruppe bilden die Vertriebenen aus Pommern mit 174 000 Personen. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Vertriebenen beläuft sich auf rund 37%. An zweiter Stelle stehen die 151 000 Antragsteller aus Ostpreußen. Die drittgrößte Gruppe stellen die Personen dar, die ihren Wohnsitz im europäischen Ausland im Zuge der Kriegereignisse durch Vertreibung verloren haben.

Die Masse der Antragsteller, rund 80%, ist aus den an die Ostsee grenzenden Gebieten (Pommern, Danzig, Ostpreußen, Memelgebiet, Baltikum) nach Schleswig-Holstein gekommen.

Der Zeitpunkt des Eintreffens im Aufnahmegebiet

Der Hauptteil der Vertriebenen hat die Heimatgebiete noch vor Kriegsende verlassen müssen: rund 70% verloren ihren Wohnsitz vor dem 8. 5. 1945 (12% bis Ende 1944, 58% Anfang 1945). Mit der Westverlagerung der Kampfgebiete im Osten setzte die Flucht der Bevölkerung ein; die Personen, die früher in Frontnähe gerieten, verließen schon eher ihre Heimat. So mußten

Tab. 1 Die Vertriebenen¹ nach Vertreibungsgebieten und dem Zeitpunkt des Eintreffens

Vertreibungsgebiet	Antragsteller A + B insgesamt		Von 100 Antragstellern trafen in der Bundesrepublik bzw. in Berlin (West) ein im Jahre						
	absolut	%	1944	1945	1946	1947	1948	1949	1950
Provinz Ostpreussen	150 811	32	1	64	16	7	7	3	1
Provinz Mark Brandenburg ²	12 373	3	0	47	36	6	4	2	1
Provinz Pommern ²	174 127	37	0	46	40	6	4	2	1
Provinz Niederschlesien	24 371	5	0	48	29	9	4	3	2
Provinz Oberschlesien	7 974	2	1	51	29	8	4	3	2
Land Sachsen ³	98	0	-	(38)	(29)	(10)	(6)	(3)	(5)
Europäisches Ausland	98 947	21	2	52	27	8	5	2	2
darunter									
Tschechoslowakei	7 629	2	1	41	33	10	4	3	2
Polen	35 317	8	1	56	26	5	4	3	2
Sowjetunion	1 241	0	22	51	20	3	1	1	0
Baltische Staaten	5 022	1	5	62	20	4	3	2	1
fr. Memelgebiet	8 069	2	4	64	16	6	5	2	1
fr. Freistaat Danzig	36 301	8	0	47	33	10	6	2	1
Rumänien	2 388	1	3	55	24	7	4	3	2
Aussereuropäische Länder	425	0	34	16	16	21	4	3	3
Insgesamt	469 126	100	1	53	29	7	5	2	1

1) hier und in allen folgenden Tabellen: Personen, die in Schleswig-Holstein Antrag auf Vertriebenenausweis A und B gestellt haben
2) soweit östlich der Oder/Neisse-Linie

3) Stadt- und Landkreis Zittau, soweit östlich der Oder/Neisse-Linie

die Deutschen aus der Sowjetunion, besonders aus der Ukraine, aus Ost-Wolhynien und dem Don- und Wolgagebiet zu 94% bereits bis Ende 1944 ihre Wohnorte verlassen. Die Vertriebenen aus den baltischen Staaten flüchteten zu 95% vor Ende 1944. Anteilmäßig folgen die Vertriebenen aus Rumänien (90%) und aus dem Memelgebiet (89%). Anfang 1945 setzte die Fluchtbewegung in starkem Umfang in den deutschen Ostgebieten ein: 61% der Antragsteller aus diesen Gebieten flüchteten in der Zeit vom 1. 1. bis 7. 5. 1945. Von allen Vertriebenen aus Ostpreußen wurden 69% - das ist der höchste Anteil unter allen Vertreibungsgebieten für diese Zeit - Anfang 1945 vertrieben. Ein besonders großer Teil (45%) der Antragsteller aus der Tschechoslowakei wurde in den übrigen Monaten des Jahres 1945 aus den sudetendeutschen Gebieten ausgewiesen. Von den Vertriebenen aus dem unter vorläufiger polnischer Verwaltung stehenden Teil Pommerns wurden allein 1946 - auf Grund der im Frühjahr 1946 begonnenen Zwangsaussiedlung - rund 31% ausgewiesen.

Der Zeitpunkt, an dem die Antragsteller im Bundesgebiet bzw. in Westberlin eintrafen, wird außer durch den Vertreibungszeitpunkt wesentlich durch Zwischenaufenthalte außerhalb des Gebietes der späteren Bundesrepublik bestimmt. Aus diesem Grunde läßt Tabelle 1, die die Antragsteller nach dem Eintreffen im Gebiet der späteren Bundesrepublik bzw. in Westberlin ausweist, keinen ganz deutlichen Schluß auf den Vertreibungszeitpunkt zu. Rund 54% der Vertriebenen trafen bis Ende 1945 im Aufnahmegebiet ein. Bis Ende 1946 waren insgesamt rund 83% der Vertriebenen, bis Ende 1950 rund 98% in der Bundesrepublik eingetroffen. Die durch Flucht und Vertreibung bedingte Westwanderung der Antragsteller A und B konnte damit im wesentlichen als abgeschlossen angesehen werden.

Die Erwerbsstruktur der Vertriebenen (Antragsteller A und B) vor der Vertreibung und im Erhebungszeitpunkt

Erwerbstätigkeit

Der Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtzahl der Antragsteller ist von 51% im Vertreibungszeitpunkt auf 46% (darunter 7% Erwerbslose) im Erhebungszeitpunkt zurückgegangen. Der Anteil der Angehörigen ohne Beruf

Tab. 2 Die Vertriebenen nach der Erwerbstätigkeit

	im Vertreibungszeitpunkt		im Erhebungszeitpunkt	
	absolut	%	absolut	%
Erwerbstätige	237 379	51	187 043	40
Erwerbslose			30 907	7
Selbständige Berufslose			24 431	5
Angehörige ohne Hauptberuf			207 316	44
Insgesamt	469 126	100	469 126	100

sank von 44 auf 29%. Dagegen erhöhte sich die Quote der Selbständigen Berufslosen, zu denen insbesondere die Rentner und Pensionäre rechnen, von 5 auf 25%.

Der wesentliche Bestimmungsfaktor für diese Verschiebungen ist im veränderten Altersaufbau des erfaßten Personenkreises zu sehen. Ein großer Teil der Vertriebenen hatte im Erhebungszeitpunkt bereits die normale Altersgrenze der Erwerbstätigkeit überschritten: von der Gesamtzahl der Antragsteller waren rund 22% 60 Jahre und älter. Dadurch hat sich zweifellos die als prozentualer Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtzahl der Antragsteller errechnete Erwerbsquote zugunsten des Anteils der Selbständigen Berufslosen vermindert. Jüngere Jahrgänge, die im Vertreibungszeitpunkt noch in der Schulausbildung standen, und inzwischen in das erwerbsfähige Alter aufgerückt sind, konnten die Wirkung dieser Bewegung nicht ausgleichen. Auch gibt es mehr Ehefrauen, die früher erwerbstätig waren und jetzt aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, als umgekehrt.

Berufe

Eine Aufgliederung der Erwerbstätigen nach Berufsabteilungen vor und nach der Vertreibung zeigt, wie stark die Angehörigen der landwirtschaftlichen Berufe an Zahl verloren haben. Während der Anteil der Angehörigen dieser Berufe an der Gesamtzahl der erwerbstätigen Vertriebenen vor der Vertreibung 31% ausmachte, waren im Erhebungszeitpunkt nur noch 12% dieser Berufsabteilung zuzurechnen.

Demgegenüber haben sich die industriellen und handwerklichen Berufe stark in den Vordergrund geschoben. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen hat sich von 23 auf 40% erhöht.

Diese Verschiebung in der Berufsstruktur zeigt, daß die Aufnahmefähigkeit der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft nicht ausreichte, um die Vielzahl der Angehörigen dieser Berufe aus

Tab. 3 Die erwerbstätigen Vertriebenen nach der Berufsabteilung

Berufsabteilung	im Vertreibungszeitpunkt		im Erhebungszeitpunkt	
	absolut	%	absolut	%
Berufe des Pflanzenbaues und der Tierwirtschaft	73 427	31	21 934	12
Industrielle und handwerkliche ¹ Berufe	59 321	25	78 229	42
Handels- und Verkehrsberufe	41 036	17	35 573	19
Berufe der Haushalts-, Gesundheits- und Volkspflege	16 403	7	18 586	10
Berufe des Verwaltungs- und Rechtswesens	31 734	13	20 467	11
Berufe des Geistes- und Kunstlebens	7 062	3	6 475	3
Berufstätige mit unbestimmtem Beruf	8 396	4	5 779	3
Erwerbstätige insgesamt	237 379	100	187 043	100

1) einschl. technische Berufe

den agrarischen deutschen Ostgebieten einzugliedern. Für das Bundesgebiet ergab sich auf Grund der Erhebung sogar ein Absinken des Anteils der landwirtschaftlichen Berufe von 29 auf 7% bei einer Ausweitung der industriellen Berufe von 28 auf 50%². Damit gehören im Bund die land- und forstwirtschaftlichen Berufe unter den Vertriebenen zu den Berufsabteilungen mit der geringsten Bedeutung. In Schleswig-Holstein behaupten sie hinter den industriellen und handwerklichen Berufen sowie den Handels- und Verkehrsberufen immerhin den dritten Platz.

Die Handels- und Verkehrsberufe konnten trotz einer absoluten Abnahme ihrer Erwerbstätigen den Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen leicht vergrößern. Hingewiesen sei noch auf den absoluten und anteilmäßigen Rückgang der Berufe des Verwaltungs- und Rechtswesens.

Stellung im Beruf

Die Verschiebungen in der Aufgliederung der Erwerbstätigen nach der Stellung im Beruf lassen die durch die Kriegsergebnisse und die Flucht verursachte soziale Umschichtung der Vertriebenen recht deutlich werden. Der Anteil der Selbständigen an der Zahl der Erwerbstätigen ist von 18 auf 8% zurückgegangen. Damit sank auch der Anteil der mithelfenden Familienangehörigen von 15 auf 2%. Die geringe Bedeutung dieser Berufsstellung wird noch unterstrichen, wenn man beachtet, daß im Erhebungszeitpunkt nur noch 10% derer, die vor der Vertreibung Mithelfende waren, dieser Berufsstellung angehörten.

Gegenüber der Abnahme des Anteils der Selbständigen und der Mithelfenden hat die Gruppe der Arbeiter ihren Anteil an der Gesamtzahl der vertriebenen Erwerbstätigen von 36 auf 60% ausgedehnt. Die Auswirkungen unterschiedlicher Einflüsse - Wechsel aus einer Berufsstellung in die andere, Ausscheiden älterer Jahrgänge und Hineinwachsen jüngerer Jahrgänge - lassen sich hier nicht voneinander trennen. Zweifellos

Tab. 4 Die erwerbstätigen Vertriebenen nach der Stellung im Beruf

Stellung im Beruf	im Vertreibungszeitpunkt		im Erhebungszeitpunkt	
	absolut	%	absolut	%
Selbständige	43 475	18	15 218	8
Mithelfende Familienangehörige	36 092	15	3 661	2
Beamte	22 915	10	14 799	8
Angestellte	50 595	21	40 608	22
Arbeiter	84 302	36	112 757	60
Erwerbstätige insgesamt	237 379	100	187 043	100

2) Horstmann, K.: Die berufliche Eingliederung der Vertriebenen im Bundesgebiet 1954/55 (Ergebnisse der statistischen Auswertung der Antragsformulare zum Bundesvertriebenenausweis). In: Wirtschaft und Statistik, 10. Jahrgang, N.F., Heft 4, April 1958, Seite 208

hat sich die Zahl der Arbeiter nicht nur als Folge von Berufswechseln durch Zugänge aus anderen Berufsstellungen erhöht, sondern auch durch Zugänge auf Grund erstmaliger Arbeitsaufnahme jüngerer Vertriebenen.

Der Rückgang der Zahl und des Anteils der Beamten erklärt sich sowohl daraus, daß sehr viele Beamte im Erhebungszeitpunkt bereits das pensionsfähige Alter erreicht hatten, als auch aus einem Wechsel in andere Berufsstellungen (überwiegend in den Angestelltenstand).

Verschiebungen zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen nach Geschlecht und Alter

Ein deutlicheres Bild der sozialen Umschichtungen läßt sich gewinnen, wenn man - über den bisherigen reinen Strukturvergleich hinaus - die in den einzelnen Bevölkerungsgruppen eingetretenen Verschiebungen, getrennt nach Alter und Geschlecht der Antragsteller untersucht.

Männliche Vertriebene

Von den 41 800 männlichen Antragstellern, die am 31. Dezember 1954 (Erhebungszeitpunkt) unter 25 Jahre alt waren, gehörten im Vertreibungszeitpunkt 40 900 zu den Angehörigen ohne Beruf. Dieser hohe Anteil von 98% wird sofort verständlich, wenn man berücksichtigt, daß die unter 25jährigen Antragsteller im Vertreibungszeitpunkt (etwa 1944/45) noch durchweg im schulpflichtigen Alter standen. Im Erhebungszeitpunkt war dieser Personenkreis schon zu 80% ins Erwerbsleben hineingewachsen. Nur 18% waren auch da noch Angehörige ohne Beruf. Hier handelt es sich in den meisten Fällen um solche Antragsteller, die noch Schulen besuchten bzw. studierten.

Ähnliches gilt mit Einschränkung auch für die 25 bis unter 30 Jahre alten Antragsteller. In dieser Gruppe wirkte sich im Vertreibungszeitpunkt bereits der Übergang von der Schule in den Beruf aus, der meistens zwischen dem 15. und 20. Lebensjahr erfolgt; die Angehörigen der betreffenden Jahrgänge waren im Vertreibungszeitpunkt bereits zu zwei Dritteln Erwerbspersonen, ein Drittel zählte noch zu den Angehörigen ohne Beruf. Im Erhebungszeitpunkt waren die 25- bis 30jährigen aber bereits zu 94% Erwerbspersonen.

Die im Erhebungszeitpunkt zwischen 30 und 65 Jahre alten männlichen Antragsteller waren im Vertreibungszeitpunkt etwa 20 bis 55 Jahre alt. Sie standen damit alle im erwerbsfähigen Alter und gingen zum überwiegenden Teil einer Erwerbstätigkeit nach. Unter den damals 20- bis 30jährigen (im Erhebungszeitpunkt: 30- bis

40jährigen) waren immer noch 7% Angehörige ohne Beruf, die aber 1954 fast vollzählig Erwerbspersonen geworden waren. Der Anteil der Angehörigen ohne Beruf war für die höheren Altersgruppen im Vertreibungszeitpunkt praktisch bedeutungslos. Von den insgesamt 26 400 Antragstellern, die im Erhebungszeitpunkt im Alter zwischen 30 und 40 Jahren standen, waren 24 500 im Vertreibungszeitpunkt Erwerbspersonen. Diese Männer sind auch heute noch zu 96% den Erwerbspersonen zuzurechnen.

Im Erhebungszeitpunkt wurden von insgesamt 36 000 männlichen Antragstellern der Altersgruppe 50 - 60 Jahre 35 700 Männer gezählt, die vor der Vertreibung Erwerbspersonen waren. Von diesen waren 88% auch noch im Zeitpunkt der Erhebung erwerbstätig bzw. erwerbslos. Zur Gruppe der Selbständigen Berufslosen gehörten 12%.

Von den 13 800 Männern, die im Erhebungszeitpunkt zwischen 60 und 65 Jahre alt waren und die bei der Vertreibung als Erwerbspersonen galten, konnten im Erhebungszeitpunkt nur noch 65% den Erwerbspersonen zugerechnet werden. Davon waren jedoch 22% erwerbslos. Die Erwerbslosenziffer erreicht in dieser Altersgruppe - nach ständigem Ansteigen mit zunehmendem Alter - ihren höchsten Wert. Rund 35% der zwischen 60 und 65 Jahre alten ehemaligen Erwerbspersonen sind aus dem Erwerbsleben ausgeschieden und beziehen als Selbständige

Berufslose ein Einkommen aus Renten oder Pensionen.

Diese Zahlen zeigen deutlich, daß eine berufliche Eingliederung der älteren männlichen Vertriebenen nur in beschränktem Umfang möglich war. Die mit dem höheren Alter ansteigenden Erwerbslosenziffern lassen sich auch bei der übrigen Bevölkerung feststellen. Sie würden bei den erfaßten Vertriebenen vermutlich noch höher gelegen haben, wenn nicht in vielen Fällen vor den Schwierigkeiten der beruflichen Eingliederung schon vorzeitig in die "Rente" ausgewichen worden wäre³⁾

Die im Zeitpunkt der Erhebung über 65 Jahre alten Antragsteller waren im Vertreibungszeitpunkt noch zu 83% Erwerbspersonen. Im Erhebungszeitpunkt waren sie jedoch schon zu 92% in die Stellung der Selbständigen Berufslosen übergegangen und damit aus dem Erwerbsleben ausgeschieden.

Weibliche Vertriebene

Die gleiche stetige Entwicklung wie bei den Männern - mit steigendem Alter Verminderung der Erwerbsquote - läßt sich bei den weiblichen Vertriebenen nicht so klar herausstellen. Eintritt in das Erwerbsleben und Ausscheiden werden hier außer durch das Alter noch durch

Tab. 5 Die männlichen Vertriebenen nach Erwerbstätigkeit und Alter vor und nach der Vertreibung

Erwerbstätigkeit im Vertreibungszeitpunkt Altersgliederung im Erhebungszeitpunkt (31. 12. 1954)	Männliche Antragsteller insgesamt	Von 100 Antragstellern waren im Erhebungszeitpunkt			
		Erwerbstätige	Erwerbslose	Selbständige Berufslose	Angehörige ohne Beruf
Erwerbspersonen	145 216	63	14	23	0
davon					
unt. 25 Jahren	821	87	9	3	1
25 b. unt. 30 "	10 050	87	10	3	0
30 " " 40 "	24 481	85	11	4	0
40 " " 50 "	37 320	80	14	6	0
50 " " 60 "	35 690	67	21	12	0
60 " " 65 "	13 804	43	22	34	0
65 Jahre und älter	23 050	7	3	90	0
Selbständige Berufslose	5 746	2	1	97	0
davon					
unt. 25 Jahren	105	56	-	42	2
25 b. unt. 30 "	15	(27)	(7)	(67)	-
30 " " 40 "	92	(39)	(8)	(53)	-
40 " " 50 "	186	6	4	89	1
50 " " 60 "	279	4	6	90	-
60 " " 65 "	273	0	3	97	0
65 Jahre und älter	4 796	0	0	100	0
Angehörige ohne Beruf	48 086	77	4	3	16
davon					
unt. 25 Jahren	40 903	76	4	2	18
25 b. unt. 30 "	5 027	83	6	4	7
30 " " 40 "	1 876	84	6	7	3
40 " " 50 "	137	60	4	28	8
50 " " 60 "	67	(61)	(3)	(18)	(18)
60 " " 65 "	35	(49)	(3)	(34)	(14)
65 Jahre und älter	41	(44)	(5)	(32)	(20)

Tab. 6 Die weiblichen Vertriebenen nach Erwerbstätigkeit und Alter vor und nach der Vertreibung

Erwerbstätigkeit im Vertreibungszeitpunkt Altersgliederung im Erhebungszeitpunkt (31. 12. 1954)	Weibliche Antragsteller insgesamt	Von 100 Antragstellern waren im Erhebungszeitpunkt			
		Erwerbstätige	Erwerbslose	Selbständige Berufslose	Angehörige ohne Beruf
Erwerbspersonen	92 163	25	6	28	40
davon					
unt. 25 Jahren	524	43	6	5	46
25 b. unt. 30 "	11 699	32	4	4	60
30 " " 40 "	24 445	32	5	10	53
40 " " 50 "	18 866	34	11	20	35
50 " " 60 "	18 489	22	10	32	35
60 " " 65 "	7 355	12	2	61	25
65 Jahre und älter	10 785	2	0	78	20
Selbständige Berufslose	18 685	2	1	94	3
davon					
unt. 25 Jahren	139	20	-	76	4
25 b. unt. 30 "	28	(11)	(4)	(64)	(21)
30 " " 40 "	1 096	10	2	63	24
40 " " 50 "	2 175	7	4	79	10
50 " " 60 "	1 846	3	3	91	3
60 " " 65 "	1 719	0	0	98	1
65 Jahre und älter	11 682	-	-	100	0
Angehörige ohne Beruf	159 230	22	2	20	56
davon					
unt. 25 Jahren	43 123	61	2	3	34
25 b. unt. 30 "	8 504	36	3	4	57
30 " " 40 "	16 860	11	2	15	71
40 " " 50 "	33 251	6	3	22	69
50 " " 60 "	29 103	3	2	27	68
60 " " 65 "	11 214	1	0	37	61
65 Jahre und älter	17 175	0	0	51	49

3) Horstmann, K.: a.a.O., Seite 209

Eheschließungen und Ehelösungen mitbestimmt, so daß die Betrachtung der Entwicklung in den einzelnen Gruppen eine Reihe unterschiedlicher Einflüsse mitberücksichtigen muß.

Im Erhebungszeitpunkt waren die unter 25 Jahre alten weiblichen Antragsteller zu 63% Erwerbspersonen. Die Angehörigen ohne Beruf, deren Anteil in dieser Altersgruppe 34% ausmacht, dürften sich zum größten Teil aus noch schulpflichtigen Mädchen sowie aus Studentinnen zusammensetzen. Im Vertreibungszeitpunkt hatte diese Altersgruppe durchweg noch die Schule besucht und gehörte damals zu 98% zu den Angehörigen ohne Beruf. Bereits in der nächsten Gruppe der 25- bis unter 30jährigen hat sich das Verhältnis bereits wesentlich verschoben. Nur noch 34% der Antragstellerinnen sind erwerbstätig, während bereits 59% Angehörige ohne Beruf sind, das heißt aus der Erwerbstätigkeit - vermutlich wegen Eheschließung - ausgeschieden sind.

Die weiblichen Selbständigen Berufslosen, deren Anteil an der Gesamtzahl der Antragstellerinnen im Erhebungszeitpunkt 28% ausmachte (im Vertreibungszeitpunkt: 7%), dürften ihren Lebensunterhalt in den meisten Fällen aus Hinterbliebenenrenten bestreiten. Sie sind also nicht unbedingt früher selbst erwerbstätig gewesen. Infolge der hohen Kriegsverluste bei der männlichen Bevölkerung sind viele Ehefrauen relativ früh verwitwet und empfangen Rente. Das beweist der verhältnismäßig hohe Anteil der Selbständigen Berufslosen bei den Frauen bereits vom 35. Lebensjahr an.

Verschiebungen in der Stellung im Beruf

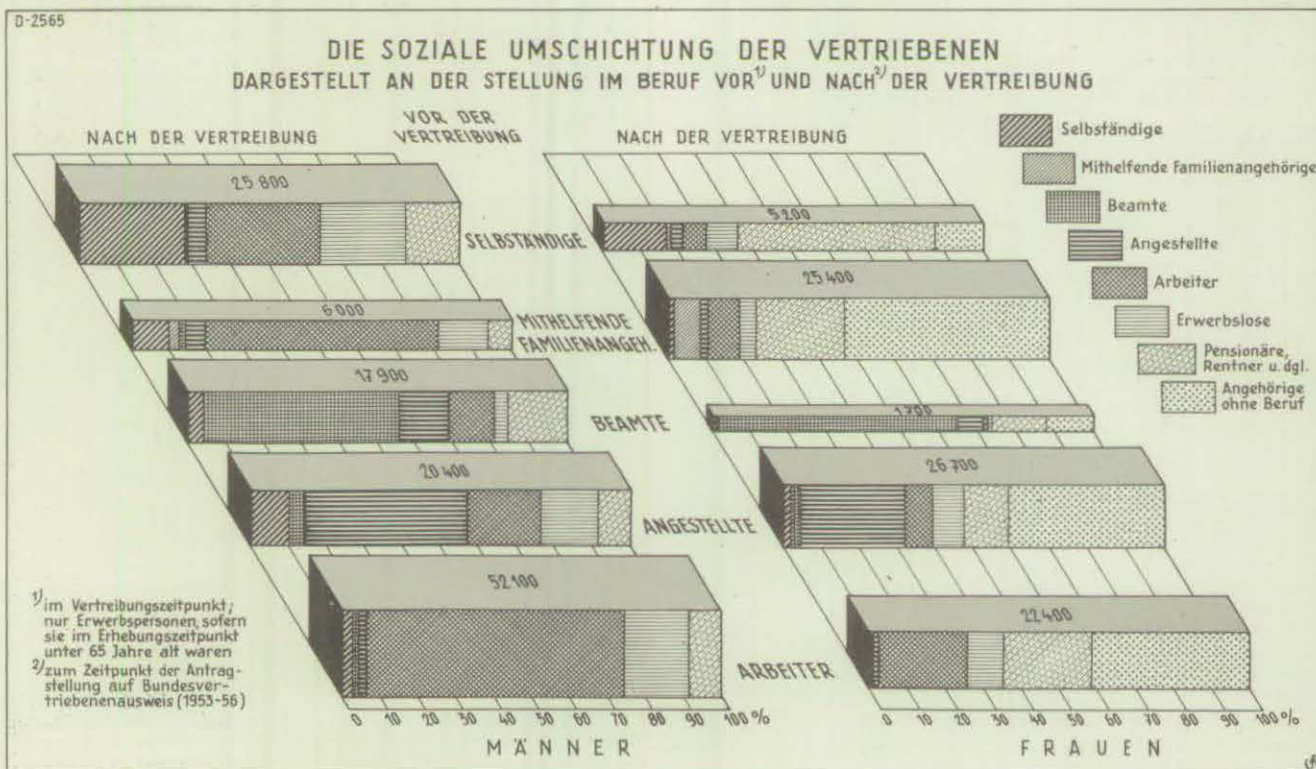
Die oben bereits angedeutete soziale Umschichtung der vor der Vertreibung selbständigen Antragsteller tritt noch deutlicher hervor bei einer Untersuchung der Veränderungen in der Stellung im Beruf seit der Vertreibung.

Die Tabelle 7 bezieht sich auf die Antragsteller A und B, die im Erhebungszeitpunkt im erwerbsfähigen Alter standen und im Vertreibungszeitpunkt bereits Erwerbspersonen waren. Insgesamt gehören zu dieser Gruppe rund 204 000 Antragsteller, und zwar 122 000 Männer und 81 000 Frauen.

Die 25 800 männlichen Antragsteller, die vor der Vertreibung selbständig waren, gingen im Erhebungszeitpunkt noch zu 63% einer Erwerbstätigkeit nach. Erwerbslos waren 23%. Von den Erwerbstätigen waren jedoch nur 28% wieder als Selbständige tätig. Zu 35% waren die Angehörigen dieser Gruppe nunmehr Arbeiter und Angestellte.

Die soziale Umschichtung bei den selbständigen Männern mußte in ähnlicher Form auch die mithelfenden Frauen treffen. Diese haben die Verschiebungen insofern mitgemacht, als von den 25 400 Frauen dieser Gruppe nur noch 7% als Mithelfende tätig sind. Mehr als die Hälfte (54%) gehören jetzt zur Gruppe der Angehörigen ohne Beruf.

Bei den Männern spielen die Mithelfenden eine relativ geringe Rolle. Nur 5% der männlichen Antragsteller waren vor der Vertreibung als



Tab. 7 Die Vertriebenen¹ nach Erwerbstätigkeit und Stellung im Beruf vor und nach der Vertreibung

Stellung im Beruf im Vertreibungszeitpunkt	Antrag- steller ins- gesamt	Von 100 Antragstellern waren im Erhebungszeitpunkt								
		Erwerbstätige						Erwerbs- lose	Selb- ständige Berufs- lose	Ange- hörige ohne Beruf
		ins- gesamt	davon							
			Selb- ständige	mithelfende Familien- angehörige	Beamte	Ange- stellte	Arbeiter			
männlich										
Selbständige	25 805	63	28 %	0	0	5	30	23	14	0
Mithelfende Familienangehörige	5 959	80	10	3 %	1	5	61	13	6	0
Beamte	17 904	81	4	0	51 %	13	12	4	16	0
Angestellte	20 411	76	10	0	4	43 %	19	15	8	0
Arbeiter	52 087	74	3	0	1	2	68 %	17	8	0
Männliche Erwerbspersonen insges.	122 166	74	10	0	9	11	43	16	10	0
weiblich										
Selbständige	5 155	27	16 %	1	0	3	6	8	52	13
Mithelfende Familienangehörige	25 435	18	1	7 %	0	2	8	4	23	54
Beamte	1 689	72	1	0	63 %	7	2	1	14	13
Angestellte	26 714	39	2	1	1	27 %	8	8	11	42
Arbeiter	22 385	26	1	0	0	1	23 %	9	23	42
Weibliche Erwerbspersonen insges.	81 378	29	2	3	2	10	12	7	21	43

1) nur solche, die im Erhebungszeitpunkt im erwerbsfähigen Alter standen und im Vertreibungszeitpunkt Erwerbspersonen waren

Mithelfende - wohl noch im jugendlichen Alter - tätig. Sie sind heute zum größten Teil Arbeiter und Angestellte.

Die vor der Vertreibung selbständigen Frauen sind heute zu 52% Rentenempfänger (Selbständige Berufslose). Nur 16% sind weiterhin als Selbständige tätig.

Die Beamten beiderlei Geschlechts bilden die Gruppe mit der höchsten Erwerbsquote (81% bei den Männern, 72% bei den Frauen). Von den männlichen Beamten waren im Erhebungszeitpunkt 51% noch als Beamte im Dienst, von den weiblichen Beamten sogar 63%. Diejenigen Personen dieser Gruppe, die nicht mehr als Beamte im Erwerbsleben stehen, sind relativ häufiger Angestellte geworden als Arbeiter.

Von den 20 400 Männern, die vor der Vertreibung Angestellte waren, haben 43% diesen Status beibehalten, 19% waren im Erhebungszeitpunkt Arbeiter, und 10% waren Selbständige geworden.

Die weiblichen Angestellten sind nur zu 27% Angestellte geblieben. Der größte Teil (42%) zählt allerdings jetzt zu den Angehörigen ohne Beruf. Ähnliches gilt für die weiblichen Arbeiter: 23% der Frauen, die vor der Vertreibung Arbeiterinnen waren, sind es auch jetzt noch; 42% sind Angehörige ohne Beruf.

Demgegenüber bilden die männlichen Arbeiter die Gruppe mit der geringsten Umschichtung. 68% sind nach wie vor Arbeiter geblieben.

Die Eingliederung in den alten Beruf

Die Erhebung ermöglichte ebenfalls einen Überblick über den Eingliederungsstand nach dem Beruf.

Tab. 8 Die Vertriebenen¹ nach ausgewählten Berufen vor und nach der Vertreibung

Berufsordnung im Vertreibungszeitpunkt	Erwerbs- personen im Vertrei- bungs- zeitpunkt	davon waren im Erhebungs- zeitpunkt im gleichen Beruf tätig %
Männer		
Ärzte	423	96
Lehrberufe	2 339	87
Seelsorger, Seelsorge- und Kulthelfer	191	85
Maurer	2 229	72
Tischler	2 423	64
Schneider und Näher	1 914	62
Feinmechaniker, Uhrmacher, Goldschmiede und dgl.	462	57
Verwaltungsbeamte und -angestellte	7 988	55
Elektroinstallateure und dgl.	1 812	51
Gärtner und dgl.	916	45
Schlosser	5 025	43
Fleischer	1 620	42
Fischereiberufe	1 296	41
Backwarenhersteller	1 605	36
Abhängige Landarbeiter	9 281	29
Baustättenarbeiter	1 160	27
Gastwirte	719	18
Selbständige Landwirte	13 383	9
Frauen		
Lehrberufe	1 650	55
Krankenschwestern, Hebammen, Masseusen und dgl.	2 485	34
Körperpflegerinnen, Friseurinnen	504	32
Schneiderinnen und Näherinnen	3 195	24
Büro- und Verwaltungshelferinnen	6 780	18
Haushaltshelferinnen	7 181	13
Gaststättengehilfinnen	418	9
Speisenzubereiter	1 128	6
Abhängige Landarbeiterinnen	3 181	6
Telefonistinnen, Postfachbedienstete	1 486	3
Selbständige Landwirte	1 885	1

1) nur solche, die im Vertreibungszeitpunkt Erwerbspersonen (ohne mithelfende Familienangehörige) waren und im Erhebungszeitpunkt im erwerbsfähigen Alter standen

Von den männlichen Vertriebenen, die im Vertreibungszeitpunkt Erwerbspersonen waren, arbeiteten im Zeitpunkt der Erhebung 36% wieder im gleichen Beruf wie vor der Vertreibung. Dabei schneiden die ursprünglich Selbständigen mit 28% relativ schlechter ab als die früher Abhängigen, die zu 38% wieder den gleichen Beruf wie vor der Vertreibung ausübten.

Die weiblichen Vertriebenen waren nur zu 16%

wieder im gleichen Beruf tätig. Bei den ehemals selbständigen weiblichen Vertriebenen betrug die Eingliederungsquote 16%, bei den früheren Abhängigen 17%. Bei diesen Zahlen ist jedoch zu beachten, daß die Eingliederungsquote dadurch wesentlich gedrückt wird, daß die Frauen zu einem großen Teil bereits aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind und zu den Angehörigen ohne Beruf gezählt werden müssen.

Dipl.-Volksw. Klaus Kamp

Die Entwicklung der Nutztviehhaltung¹

Teil 3: Die Schweinehaltung von 1931 bis 1957

Allgemeiner Überblick

In Schleswig-Holstein werden Schweine in den landwirtschaftlichen Betrieben, in gewerblichen Mästereien oder einzeln von den Haushalten zur Selbstversorgung gehalten. Die meisten Schweine werden in den landwirtschaftlichen Betrieben aufgezogen und gemästet. Dort ist die Schweinehaltung im allgemeinen nicht so eng mit den anderen Betriebszweigen verbunden (etwa im Hinblick auf die Verwertung von Futter), wie z. B. die Rinderhaltung. Daher paßt sie sich äußeren Einflüssen verhältnismäßig schnell an. In den Kriegsjahren schrumpfte der Schweinebestand sehr zusammen und erreichte 1946 einen Tiefpunkt:

Doch ermöglichte es die kurze Generationsfolge beim Schwein, die Bestände nach 1947 schnell wieder aufzubauen, so daß 1957 sogar 18% mehr Schweine vorhanden waren als 1931. Der Gesamtbestand verteilte sich 1957 auf Schlacht- und Mastschweine, Zuchtsauen, Ferkel und Jungschweine ganz ähnlich wie 26 Jahre vorher.

Zusammensetzung des Schweinebestandes

Schweinegattung ¹	1931		1951		1957	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Schweine insgesamt	1 101,5	100	1 122,3	100	1 298,2	100
darunter						
Schlacht- und Mast-						
schweine	169,5	15	216,2	19	169,9	13
Zuchtsauen	111,9	10	94,5	8	134,9	10
Ferkel	303,4	28	295,0	26	396,4	31
Jungschweine	519,4	47	512,9	46	592,5	46

1) siehe unter "Begriffe und Methoden"

Als es, wie hauptsächlich in den Jahren nach dem Kriege, an Nahrungsmitteln und vor allem an Fett mangelte, waren fettes Schweinefleisch und Schweineschmalz sehr begehrt. Daher war der Anteil schwerer Mastschweine am gesamten Schweinebestand 1951 mit fast einem Fünftel verhältnismäßig hoch. So sind auch die durchschnittlichen Schlachtgewichte der Schweine 1951 im Vergleich zu heute höher gewesen.

Ø Schlachtgewicht der Schweine

	kg
1951	94
1953	94
1955	91
1957	91

Der Anteil schwerer Mastschweine am gesamten Schweinebestand wird aber auch durch den Anteil der zur Selbstversorgung aufgezogenen Schweine mitbestimmt. Denn die Schweine, die einzeln von den Haushalten zur Selbstversorgung gehalten werden, werden im allgemeinen älter als ein halbes Jahr und verhältnismäßig schwer. Wenn der Anteil schwerer Schweine heute nur noch 13% aller Schweine beträgt, so ist der



1) Teile 1 und 2: siehe Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein 1958, Hefte 2 und 8

Rückgang seit 1951 auch darauf zurückzuführen, daß weniger Schweine zur Selbstversorgung gehalten werden, wie die rückläufigen Zahlen der Hausschlachtungen zeigen:

Zahl der Hausschlachtungen	
1951	241 000
1953	208 400
1955	200 800
1957	182 000

Einem relativ hohen Mastschweinebestand nach dem Kriege standen weniger Zuchtsauen gegenüber als 1931 und heute, weil der Umtrieb damals - das ist die Zeit von der Geburt bis zur Schlachtung - verhältnismäßig lang war. Dagegen müssen heute bei dem niedrigen Schlachtgewicht der Schweine mehr oder bessere Zuchtsauen gehalten werden, um den gleich großen Schweinebestand zu haben wie in jenen Jahren. Daher hat sich ihr Anteil am gesamten Schweinebestand 1957 wieder auf 10% erhöht.

Das Verhältnis von Jungsauen zu Altsauen ist in den einzelnen Jahren, je nachdem, ob die Schweinehaltung ausgedehnt oder eingeschränkt wird, verschieden. Im allgemeinen schwankt der Anteil der Jungsauen am gesamten Sauenbestand zwischen 25 und 35%. Er ändert sich etwas mit der Jahreszeit. Im März oder Juni ist er größer als im September oder Dezember.

März	Jungsauen (½ bis unter 1 Jahr alt)		Altsauen (1 Jahr alt und älter)	
	in 1 000	%	in 1 000	%
1931	34	30	78	70
1951	24	34	70	66
1957	34	31	100	69

Dem hohen Anteil an Jungsauen im März 1951 folgte eine beträchtliche Zunahme des Schweinebestandes im gleichen Jahr.

Als natürliche Folge davon, daß sich der Zuchtsauenanteil in den letzten Jahren erhöht hat, gibt es 1957 prozentual wieder mehr Ferkel als 1951. Dagegen ist der Jungschweineanteil in allen drei vorgenannten Jahren etwa gleich groß.

Die Schweinehaltung in den einzelnen Naturräumen

Für die einzelnen Naturräume Schleswig-Holsteins lassen sich Unterschiede in der Schweinehaltung gut aufzeigen. Weil die meisten Schweine in landwirtschaftlichen Betrieben aufgezogen und zum großen Teil mit selbst erzeugtem Futter gemästet werden, hängt die Größe der Schweinehaltung vom Nutz- und

Ackerflächenverhältnis eines Betriebes ab. Hierin bestehen von einem Naturraum zum anderen z. T. beträchtliche Unterschiede. So werden in der Marsch, wo die landwirtschaftliche Nutzfläche (LN) vieler Betriebe zu einem großen Teil aus Grünland besteht, weniger Schweine auf 100 ha LN gehalten als auf der Geest und im Osten des Landes.



Da in der Schweinehaltung zeitweise zugekauftes Futter in starkem Maße eingesetzt wurde, konnte sie sich allerdings in verkehrsgünstigen Gebieten aus der Abhängigkeit vom landwirtschaftlichen Betrieb lösen. So entstanden z. B. in den zwanziger Jahren viele gewerbliche Mastbetriebe um Hamburg.

Die Schweinebestände der gewerblichen und der bäuerlichen Halter haben sich in den Folgejahren nicht gleich entwickelt. Die Verschlechterung der Preisrelation Schweinepreis zu Futterpreis traf die gewerblichen Mäster sehr. Die verbesserten Transportmöglichkeiten und Marktverbindungen förderten die bäuerliche Schweinehaltung. Je nachdem, wie groß der Anteil dieser beiden wichtigen Haltungsformen in einem Naturraum war, entwickelten sich die Schweinebestände auch in Naturräumen mit einander ähnlichen Nutzflächenverhältnissen teilweise sehr verschieden. Auf Grund des hohen Grünlandanteils werden in der Marsch nur verhältnismäßig wenig Schweine gehalten. Vor 25

Jahren gab es die meisten Schweine je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche auf der Hohen Geest. Heute hat das Hügelland den höchsten Schweinebesatz.

	Schweine je 100 ha LN		
	1931	1951	1957
Marsch	72	68	73
Hohle Geest	105	102	113
Vorgeest	83	88	110
Hügelland	85	99	119
Schleswig-Holstein	88	94	109

Während sich die Besatzdichte mit Schweinen auf der Vorgeest und noch mehr im Hügelland gegenüber 1931 ganz erheblich erhöht hatte, war sie aber in der Marsch insgesamt nahezu unverändert geblieben. Doch wenn einzelne Marschgebiete heute mehr Schweine je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche aufweisen können, in den Elbmarschen, in einem Gebiet mit sehr intensiver Schweinehaltung, kommen sogar weniger Schweine auf 100 ha LN als 1931.

Hier in den Elbmarschen hat die gewerbliche Schweinehaltung ähnlich wie in einigen anderen Gebieten um Hamburg in jenen Jahren stark Fuß gefaßt, in denen billiges Auslandsfuttermittel über Hamburg eingeführt wurde. Als später die Preisrelation wieder ungünstiger wurde, wirkte sich diese Entwicklung vor allem zum Nachteil der gewerblichen Mäster aus. Sie schränkten die Haltung ein.

	Schweine je 100 ha LN		
	1931	1951	1957
Nordfriesische Marschinseln und Halligen	22	39	43
Nordfriesische Marsch	20	40	53
Eiderstedter Marsch	27	30	36
Dithmarscher Marsch	72	77	75
Holsteinische Elbmarschen	163	119	131

Aber nicht nur in den Elbmarschen werden weniger Schweine auf 100 ha LN gehalten. Auf der Barmstedt-Kisdorfer Geest ist die Besatzdichte von 179 auf 144 Schweine je 100 ha LN gegenüber 1931 noch stärker zurückgegangen. Auch im Hamburger Ring hat sich die Besatzdichte verringert.

Die Schweinehaltung ist also bei Hamburg, in den nördlich und nordwestlich von Hamburg gelegenen Naturräumen eingeschränkt worden. Hier gab es aber noch 1951 verhältnismäßig viele gewerbliche Schweinehalter.

	Anteil der gewerblich ² gehaltenen Schweine in % aller Schweine (1951)
Hamburger Ring	13
Holsteinische Elbmarschen	9
Barmstedt-Kisdorfer Geest	7

²) 20 und mehr Schweine je ha Ackerland eines Betriebes, der mindestens 10 Schweine hat

Im Kreisteil Pinneberg des Hamburger Ringes betrug der Anteil der gewerblich gehaltenen Schweine sogar 18%, im Kreisteil Stormarn dagegen nur 6%. Bis auf Süderdithmarschen und einige kleinere an die vorgenannten Naturräume anschließenden Gebiete (z. B. der Teil Steinburg von der Holsteinischen Vorgeest) hat die gewerbliche Mast im übrigen Land kaum noch Bedeutung. Nur in den Städten wird eine weitere Form der gewerblichen Mast angetroffen, deren Futtergrundlage Abfälle aus Großküchen, Krankenhäusern u. a. darstellt.

Fast im ganzen übrigen Schleswig-Holstein werden 1957 mehr Schweine auf 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche gehalten als 1931. Hier wird in stärkerem Maße selbst erzeugtes Futter verabreicht. In Angeln, einem Gebiet mit starker bäuerlicher Schweinehaltung - der Anteil der voll gewerblich gehaltenen Schweine betrug 1951 nur 1% -, erhöhte sich die Besatzdichte in den letzten 26 Jahren von 140 auf 192 Schweine je 100 ha LN. Im übrigen Hügelland stieg sie ebenfalls an:

	Schweine je 100 ha LN		
	1931	1951	1957
Schwansen, Dänischer Wohld, Amt Hütten	100	109	125
Ostholst. Hügel- und Seenland (NW)	74	86	105
Ostholst. Hügel- und Seenland (SO)	71	90	105
Nordoldenburg und Fehmarn	56	69	70
Ratzeburger Seenplatte	83	112	121
Hügelland	85	99	119

Rund 67% des Mehrbestandes an Schweinen gegenüber 1931 entfällt 1957 in Schleswig-Holstein auf die Betriebe im Hügelland. Das Hügelland ist damit zum Naturraum mit der intensivsten Schweinehaltung geworden, wenn auch die Hohe Geest auf Grund des verhältnismäßig hohen Anteils gewerblicher Mäster im südlichen Teil eine verhältnismäßig hohe Besatzdichte aufweisen kann.

Anteil und Entwicklung der einzelnen Schweinegattungen in den Naturräumen

Besonders noch 1931 lassen sich für die einzelnen Naturräume des Landes deutliche Unterschiede in der Bestandszusammensetzung nachweisen. Die Bestandsstruktur ist aber während der letzten 25 Jahre von Naturraum zu Naturraum ähnlicher geworden, und die Arbeitsteilung in Aufzucht und Mast wird immer seltener angetroffen.

Der Schweinebestand verteilte sich 1931 in den Naturräumen ganz verschieden auf Schlacht- und Mastschweine, Jungschweine, Zuchtsauen und Ferkel. Während im ganzen Land von 100 Schweinen durchschnittlich 15 Schlacht- und Mastschweine waren, betrug deren Anteil im Hamburger Ring 24. Auch auf der Lauenburger Geest, also bei Geesthacht, auf der Hagenower

Sandplatte und der Ratzeburger Seenplatte war der Anteil schwerer Schweine 1931 ziemlich groß.

	Schlacht- und Mastschweine in % aller Schweine		
	1931	1951	1957
Hamburger Ring	24	28	17
Lauenburger Geest	31	31	21
Hagenower Sandplatte	24	26	19
Ratzeburger Seenplatte	24	25	20

Aber nicht nur in diesen Naturräumen, sondern auch im Ostholsteinischen Hügel- und Seenland sowie in Nordoldenburg und auf Fehmarn wurden verhältnismäßig viele Schweine schwerer gemästet. Im übrigen Schleswig-Holstein wurden weniger schwere Schweine gehalten. In einigen Naturräumen der Geest, in der Eider-Treene-Niederung und 1957 auch in der Nordfriesischen Marsch, lag der Anteil schwerer Schweine sogar stark unter dem Durchschnitt von Schleswig-Holstein:

	Schlacht- und Mastschweine in % aller Schweine		
	1931	1951	1957
Lecker Geest	10	12	6
Bredstedt-Husumer Geest	8	13	8
Heide-Itzehoe Geest	9	16	10
Schleswiger Vorgeest	10	14	8
Eider-Treene-Niederung	8	12	7
Nordfriesische Marsch	14	13	8
Angeln	7	13	9

Auch in Angeln, in einem Gebiet mit außerordentlich intensiver bäuerlicher Schweinehaltung, werden die Schweine seit Jahren schon nicht so schwer gemacht. Allerdings waren die Mäster den Verbraucherwünschen nach dem Kriege auch hier entgegengekommen.

Im Jahre 1951 gab es anteilmäßig in den meisten Naturräumen mehr schwere Schweine als 1931, so daß der Landesdurchschnitt ebenfalls höher war:

	Schlacht- und Mastschweine ($\frac{1}{2}$ Jahr alt und älter) in % aller Schweine		
	1931	1951	1957
Schleswig-Holstein	15	19	13

Inzwischen hat aber die Abneigung der Verbraucher gegen Schweinefett dazu geführt, leichtere Schweine mit weniger Fett an den Markt zu bringen, was sich auf die Zusammensetzung des Schweinebestandes in allen Naturräumen ausgewirkt hat.

Die umfangreichste Gruppe innerhalb des gesamten Schweinebestandes stellen die Jungschweine von 8 Wochen bis $\frac{1}{2}$ Jahr alt dar. In den Jahren 1931, 1951 und 1957 hatten sie an der Schweinehaltung des Landes einen Anteil von rund 45%. Während aber 1951 nur etwas mehr als doppelt soviel Jungschweine wie

Schlacht- und Mastschweine im Alter von $\frac{1}{2}$ Jahr und mehr vorhanden waren, gab es 1957 ähnlich wie 1931 mehr als dreimal soviel Jungschweine.

Ein großer Teil dieser Schweine kommt in den Zeiten, in denen die Verbraucher fettarmes Fleisch verlangen, bereits an den Schlachtviehmarkt. Im Jahre 1951 gehörten in den einzelnen Monaten nicht mehr als 14% aller geschlachteten Schweine zur Schlachtwertklasse d³. Im letzten Jahr betrug deren Anteil durchweg mehr und in einem Monat sogar 18%.

In der Schweinehaltung war die Arbeitsteilung in Mast und Zucht zeitweise stärker verbreitet. So gab es noch 1931 viele Haltungen, die Ferkel und Läufer überwiegend für den Verkauf heranzogen und andere, die keine Nachzucht betrieben, sondern nur mästeten. Im landwirtschaftlichen Betrieb ist die Schweinemast mit der Nachzucht meistens verbunden, da hier gute Voraussetzungen bestehen, Zuchtsauen zu halten und guten Nachwuchs heranzuziehen. In den gewerblichen Mästereien fehlen diese vielfach, so daß sie ebenso wie die Einzelhalter Ferkel kaufen müssen. Daher war der Anteil der Zuchtsauen am Schweinebestand in den Naturräumen, in denen sich verhältnismäßig viele Schweine in gewerblichen Mästereien oder bei Einzelhaltern befanden, besonders noch 1931 geringer als im übrigen Land:

	Zuchtsauen in % aller Schweine		
	1931	1951	1957
Hamburger Ring	5	6	8
Holsteinische Elbmarschen	9	9	11
Barmstedt-Kisdorfer Geest	7	7	10
Schleswig-Holstein	10	8	10

Die Arbeitsteilung in Zucht und Mast ist aber immer seltener geworden. Zum Teil sind die gewerblichen Mäster dazu übergegangen, eigene Zuchtsauen zu halten. Andererseits verlagerte sich die Schweinemast immer mehr vom gewerblichen Mastbetrieb zum landwirtschaftlichen Betrieb, in dem meistens eigene Zucht, wenn auch oft nur in Form der Gebrauchszucht, betrieben wird. So haben sich vor allem die Gebiete mit unterdurchschnittlichem Sauenbesatz nach oben angeglichen.

Im Gegensatz zu den Naturräumen, in denen sich relativ viele gewerbliche Mästereien befinden, kamen im Raume Schwansen, Dänischer Wohld und Amt Hütten sowie in der Eider-Treene-Niederung 1931 auf 100 Schweine 14 Zuchtsauen. Auch in der Marsch und in Teilen der Geest wurden verhältnismäßig viele Zuchtsauen gehalten. In diesen Landesteilen ging die Nachzucht zum Teil über den eigenen Bedarf

3) Schweine mit einem Lebendgewicht von 80 - 100 kg (1951 Schlachthöfe Flensburg und Kiel, 1957 Schlachthof Kiel)

hinaus. So kamen viele Ferkel von hier auf die Ferkelmärkte.

Die Wandlungen in der gewerblichen Schweinehaltung haben dann in den nachfolgenden Jahren auf die Bestandsstruktur der vorgenannten Landesteile nicht einheitlich eingewirkt.

	Zuchtsauen in % aller Schweine		
	1931	1951	1957
	Schwansen, Dänischer Wohld und Amt Hütten	14	9
Eider-Treene-Niederung	14	11	15
Nordfriesische Marsch	12	9	13
Eiderstedter Marsch	13	10	14
Dithmarscher Marsch	12	9	13
Lecker Geest	13	9	12
Schleswiger Vorgeest	12	9	11
Bredstedt-Husumer Geest	12	8	11
Lauenburger Geest	9	7	10
Hagenower Sandplatte	10	8	9
Ratzeburger Seenplatte	11	9	11
Ostholst. Hügel- und Seenland (SO)	11	8	10
Nordoldenburg und Fehmarn	9	8	10

Ganz eindeutig ist der Anteil der Nachzucht an der gesamten Schweinehaltung im Naturraum Schwansen, Dänischer Wohld und Amt Hütten kleiner geworden und erreicht, wie auch der Ferkelanteil zeigt, nur gut den Landesdurchschnitt. In den übrigen Naturräumen ist der Zuchtsauenanteil 1957 gegenüber 1931 wenig verändert.

In den Räumen, in denen überdurchschnittlich viele schwere Schlacht- und Mast Schweine, bezogen auf den Gesamtbestand, gehalten werden und dem Verkauf von Ferkeln nur geringe Bedeutung zukommt, erreicht der Zuchtsauenanteil in einzelnen Jahren nicht einmal den Landesdurchschnitt.

Einem überdurchschnittlichen hohen Zuchtsauenanteil an der gesamten Schweinehaltung innerhalb eines Naturraumes entspricht im allgemeinen auch ein verhältnismäßig hoher Ferkelanteil.

	Ferkel in % aller Schweine	
	1951	1957
Landesdurchschnitt	26	31

Die Überschußgebiete für Ferkel liegen mehr in der westlichen Hälfte des Landes. Bei kleinem Schweinebesatz je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche haben die Nordseemarschnaturräume einen verhältnismäßig hohen Ferkelanteil an der gesamten Schweinehaltung.

	Ferkel in % aller Schweine		Schweine je 100 ha LN
	1951	1957	
Nordfriesische Marsch	31	40	53
Eiderstedter Marsch	29	37	36
Dithmarscher Marsch	27	35	75
Eider-Treene-Niederung	36	41	98

Bei intensiverer Schweinehaltung werden, bezogen auf den gesamten Schweinebestand, in

der Eider-Treene-Niederung noch mehr Ferkel gehalten.

Auch in einigen Teilen der Geest werden relativ viele Ferkel aufgezogen:

	Ferkel in % aller Schweine		Schweine je 100 ha LN
	1951	1957	
Lecker Geest	34	42	81
Schleswiger Vorgeest	31	36	103
Bredstedt-Husumer Geest	30	34	100
Heide-Itzehoer Geest	28	34	124
Schwansen, Dänischer Wohld und Amt Hütten	28	31	125

Im Raume Schwansen, Dänischer Wohld und Amt Hütten erreicht der Ferkelanteil heute den Landesdurchschnitt. Der hohe Zuchtsauenanteil im Dezember 1931 läßt den Rückschluß zu, daß hier ehemals mehr Nachzucht betrieben wurde.

In den Landesteilen, wo viele Schweine auf gewerblicher Grundlage gemästet werden, ist die Ferkelaufzucht im Vergleich zu den insgesamt gehaltenen Schweinen geringer als im übrigen Schleswig-Holstein.

	Ferkel in % aller Schweine	
	1951	1957
Hamburger Ring	19	22
Holsteinische Elbmarschen	25	30
Barmstedt-Kisdorfer Geest	24	29

Der Hamburger Ring ist als Ferkelzuschußgebiet anzusehen. Hier treten besonders die Einzelhalter als Käufer für Ferkel stärker hervor.

Auch in den Naturräumen mit relativ großem Anteil schwerer Schweine erreichte der Ferkelanteil nicht den Landesdurchschnitt.

	Ferkel in % aller Schweine	
	1951	1957
Lauenburger Geest	20	24
Hagenower Sandplatte	23	25
Ratzeburger Seenplatte	23	27
Ostholst. Hügel- und Seenland	24	28
Nordoldenburg und Fehmarn	22	26

Es bestehen also auch heute noch Unterschiede in der Struktur der Schweinehaltung von Naturraum zu Naturraum. Während sich aber, insgesamt betrachtet, die Größenunterschiede zwischen den Beständen der einzelnen Schweinegattungen unter den Kriegseinflüssen vorübergehend verschoben hatten, verminderten sich die gebietlichen Unterschiede während der letzten 26 Jahre.

Begriffe und Methoden

Schlacht- und Mast Schweine, auch "schwere Schweine" genannt, sind ½ Jahr alt und älter, Zuchtsauen ebenfalls; Ferkel heißen die Tiere bis 8 Wochen, Jungschweine von 8 Wochen bis ½ Jahr. — Die Angaben für 1931 beziehen sich auf den heutigen Gebietsstand. Für Ferkel in den Naturräumen konnten keine Zahlen für 1931 erstellt werden. Die vorstehenden Ausführungen beziehen sich, soweit es nicht anders angegeben ist, auf die Dezemberzählung der jeweiligen Jahre.

Dipl.-Landw. Georg Bartling

Die Krankenanstalten in Schleswig-Holstein 1954 — 1957

Krankenanstalten

Am 31.12.1957 gab es in Schleswig-Holstein 146 Krankenanstalten. Gegenüber 1954 ist damit die Zahl der Anstalten um 8 zurückgegangen. Diese Verminderung geht vollständig zu Lasten der öffentlichen Krankenhäuser: 1954 wurden im Lande 83 Anstalten gezählt, deren Träger eine öffentliche Körperschaft (Land, Kreis, Gemeinde, Sozialversicherungsträger o. ä.) war, 1957 waren es nur noch 73. Demgegenüber hat sich die Zahl der privaten Anstalten um 2 erhöht. Als Gründe für den Rückgang der Zahl der öffentlichen Krankenanstalten sind zu nennen: Auflösung von Tbc-Krankenhäusern, Übernahme von Anstalten durch die Bundeswehr, Zusammenlegung von Anstalten zu einer Verwaltungs- und Wirtschaftseinheit.

Die Anteile der einzelnen Kostenträger an der Gesamtzahl der Anstalten haben sich von 1954 bis 1957 nur geringfügig verschoben, und zwar hat der Anteil der öffentlichen zugunsten der privaten Anstalten abgenommen. Im Durchschnitt der 4 Jahre ergibt sich folgende Verteilung nach der Anstaltsart: über die Hälfte der Anstalten wird von öffentlichen Körperschaften unterhalten, rund ein Drittel sind Privatkliniken. Die übrigen Krankenanstalten werden von freien gemeinnützigen (caritativen) Organisationen getragen.

Von den Ende 1957 in Schleswig-Holstein bestehenden Anstalten waren 60 allgemeine Krankenanstalten, d. h. Krankenhäuser, in denen

verschiedene Krankheiten behandelt werden und die deswegen zum größten Teil mehrere Fachabteilungen (z. B. für innere Krankheiten, Chirurgie u. a.) unter selbständiger Leitung von Fachärzten umfassen. Diesem wohl wichtigsten Anstaltstyp stehen die reinen Fachanstalten gegenüber. 1957 wurden insgesamt 84 Fachanstalten gezählt, darunter allein 28 chirurgische Kliniken. Neben den Fachkrankenhäuser für Tuberkulose und die 16 gynäkologisch-geburtshilflichen Anstalten (einschl. Entbindungsheime) eine besondere Bedeutung. Gegenüber 1954 ist die Zahl der allgemeinen Krankenhäuser um 7 zurückgegangen. Auch die Zahl der Tbc-Fachanstalten war 1957 mit 19 Anstalten niedriger als 1954 (25 Anstalten). Hier hat sich also eine Anpassung an die Tbc-Fälle, deren Zahl in den vier Jahren ebenfalls stetig zurückgegangen ist, durch Auflösung von 6 Anstalten unter gleichzeitigem Bettenabbau (s. u.) vollzogen. Wesentlich erhöht hat sich die Zahl der gynäkologischen Krankenanstalten von 12 auf 16.

Krankenbetten

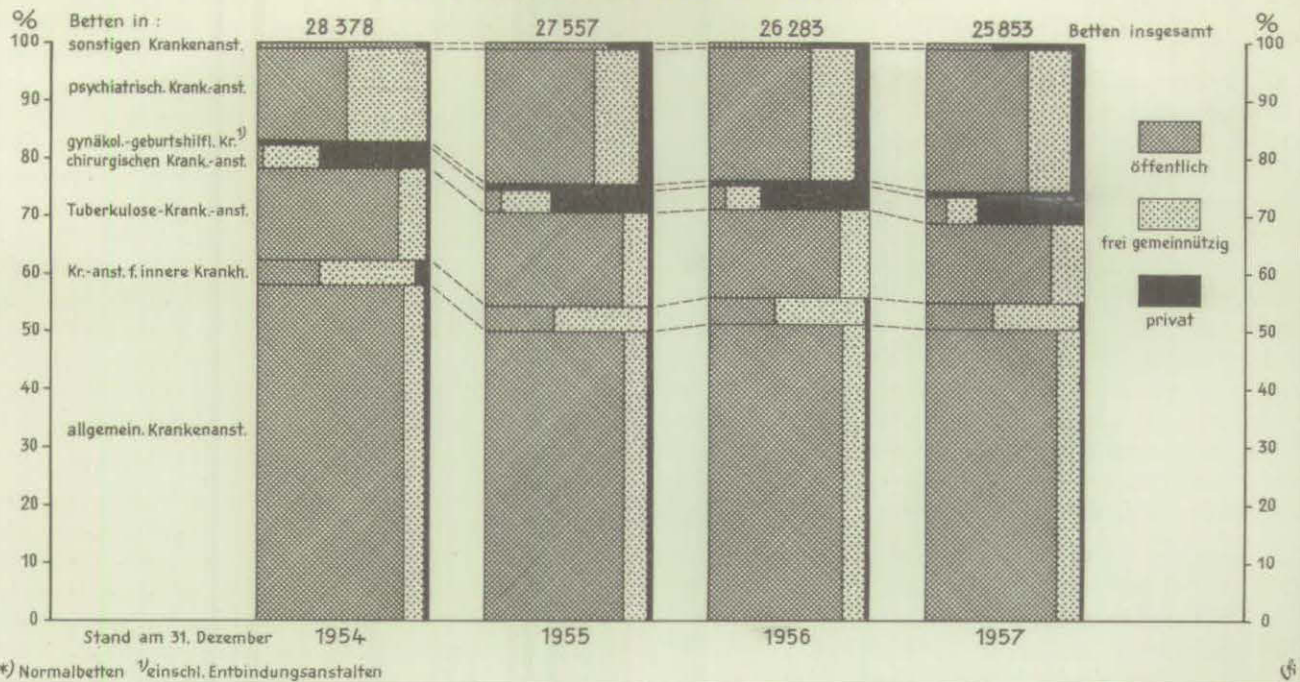
In den 146 Krankenanstalten des Landes standen Ende 1957 insgesamt 25 853 Normalbetten, rund 10% weniger als 1954. Die einzelnen Anstaltsarten sind unterschiedlich an dieser Gesamtverminderung des Bettenbestandes beteiligt. Bei den öffentlichen Krankenanstalten ist der Bettenbestand mit dem oben erwähnten Abbau einiger Krankenhäuser um 11% zurückgegangen, während sich die Bettenzahl der Privatkliniken - bedingt durch den Zugang von 2 Anstalten - um 19% erhöht hat. Auch die Bettenzahl in den freien gemeinnützigen Krankenanstalten ist zurückgegangen (um 8%), obwohl sich die Zahl der Anstalten nicht verändert hat. Die Abnahme der Zahl der im Lande verfügbaren Normalbetten ist außer auf die Veränderungen in der Zahl der Krankenanstalten auf einen allgemeinen Abbau der Bettenausrüstung in den Krankenanstalten zurückzuführen.

Die Verteilung der Krankenbetten auf die von den verschiedenen Trägern unterhaltenen Anstaltsarten ist seit 1954 praktisch unverändert geblieben: fast drei Viertel der gesamten Betten stehen in öffentlichen Krankenanstalten und ein Fünftel in caritativen Anstalten. Auf die privaten Anstalten entfällt also nur ein ganz geringer Teil des Bettenbestandes, geringer als ihr Anteil an den Anstalten, weil sie - gemessen am Bettenbestand - im Durchschnitt erheblich kleiner sind als die öffentlichen und die freien gemeinnützigen Krankenanstalten.

Tab. 1
Krankenanstalten und Betten nach Art und Zweckbestimmung
(Stand: jeweils am 31.12.)

Art und Zweckbestimmung der Krankenanstalt	Kranken- anstalten		Normalbetten			
	1954	1957	1954		1957	
			absolut	%	absolut	%
Öffentl. Krankenanstalten	83	73	20 972	73,9	18 653	72,2
Freie gemeinnützige Krankenanstalten	22	22	5 930	20,9	5 450	21,1
Private Krankenanstalten	49	51	1 476	5,2	1 750	6,8
Insgesamt	154	146	28 378	100	25 853	100
davon						
Allgemeine Kranken- anstalten	67	60	16 438	57,9	13 088	50,6
Krankenanstalten für innere Krankheiten	6	5	1 279	4,5	1 192	4,6
Tuberkulose-Kranken- anstalten	25	19	4 528	16,0	3 601	13,9
Chirurgische Kranken- anstalten	29	28	1 099	3,9	1 135	4,4
Gynäkologisch-geburts- hilfliche Kranken- anstalten und Entbin- dungsanstalten	12	16	205	0,7	257	1,0
Psychiatrische Kran- kenanstalten	6	8	4 594	16,2	6 363	24,6
Sonstige Kranken- anstalten bzw. -abtei- lungen	9	10	235	0,8	217	0,8

DIE BETTEN* IN DEN SCHLESWIG-HOLSTEINISCHEN KRANKENANSTALTEN NACH FACHRICHTUNG UND TRÄGERSCHAFT



1957 stellten die allgemeinen Krankenanstalten 3 350 Betten weniger als 1954, das sind 20%. Vermindert hat sich auch der Bettenbestand in den Fachanstalten für Tbc-Krankheiten um 927 (= 20%) und für innere Krankheiten um 87 Betten (= 7%). Gestiegen ist dagegen die Bettenzahl in den Anstalten für Frauenkrankheiten einschließlich der Entbindungsheime um 52 (= 25%). Am stärksten ist die Bettenausrüstung der psychiatrischen Krankenanstalten erhöht worden (+ 39%), und zwar im wesentlichen bereits 1955 durch Umwandlung einer allgemeinen Krankenanstalt und einer Krankenanstalt für innere Krankheiten mit rund 1 900 Betten in Fachkrankenhäuser für Psychiatrie.

Mit dem Abbau des Bettenbestandes in den allgemeinen Krankenanstalten sowie den Tbc-Fachanstalten ist der Anteil dieser Häuser am gesamten Bettenangebot um 7 bzw. 2 Punkte gesunken, während gleichzeitig die psychiatrischen Heil- und Pflegestätten ihren Anteil um 8 Punkte ausweiten konnten. Ende 1957 wurde die Hälfte aller im Lande vorhandenen Normalbetten von allgemeinen Krankenanstalten und etwa ein Viertel von den Fachanstalten für Psychiatrie gestellt.

Krankenanstalten und Betten in den Kreisen

Die Abnahme der Zahl der Krankenanstalten hat zur Hauptsache die Landkreise betroffen: in den Stadtkreisen gab es 1954 insgesamt 44 Krankenanstalten, in den Landkreisen 110; 1957 hatte sich die Zahl der Anstalten in den Städten

um 1 erhöht, in den Landkreisen dagegen um 9 vermindert. Die Bettenzahl ist aber in den Stadt- und Landkreisen fast gleichmäßig gesunken, so daß keine wesentlichen Verschiebungen der prozentualen Anteile der Kreise an der Bettenzahl eingetreten sind.

Eine derart globale Betrachtung der Veränderungen läßt jedoch nicht erkennen, inwieweit die einzelnen Kreise unterschiedlich mit Krankenanstalten ausgestattet sind und wo sich die Veränderungen besonders stark niedergeschlagen haben. Es sei darauf hingewiesen, daß die Kreise Kiel, Schleswig, Oldenburg und Hzt. Lauenburg insofern eine Sonderstellung einnehmen, als ein Teil der dort bestehenden Krankenanstalten, besonders die Universitätskliniken (Kiel), die Landesheilstätten (Schleswig, Oldenburg) und große Tbc-Heilstätten (Lauenburg), nicht nur von Kranken dieser Kreise in Anspruch genommen werden. Sie nehmen vielmehr Patienten aus dem ganzen Lande (zum Teil auch aus anderen Bundesländern) auf und erfüllen damit zentrale Aufgaben der Gesundheitsfürsorge. Dies ist bei einem Vergleich der einzelnen Kreise hinsichtlich der Bettenzahl in den Anstalten zu berücksichtigen.

Es zeigt sich, daß die Kranken- bzw. Heil- und Pflegeanstalten nicht gleichmäßig über das Land verteilt sind; Kiel und Lübeck mit 23 bzw. 10 Krankenanstalten Ende 1957 und der Kreis Hzt. Lauenburg mit 12 Anstalten fallen besonders auf. Diese drei Kreise haben seit 1954, gemessen an der Zahl der Krankenanstalten, immer an der Spitze gestanden. Die Struktur

der Krankenanstalten nach Art und Zweckbestimmung ist jedoch in diesen Kreisen recht unterschiedlich. In Kiel überwiegen die privaten Krankenanstalten, in Lübeck und Lauenburg die öffentlichen Krankenanstalten. In Kiel haben die Fachanstalten für Chirurgie, in Lübeck und Lauenburg die allgemeinen Krankenanstalten das Übergewicht. Dieses Bild ist typisch für die im ganzen Land feststellbare Kombination von Trägerschaft und Zweckbestimmung der Anstalten; die chirurgischen Kliniken sind überwiegend private Anstalten, die allgemeinen Krankenhäuser werden meist von öffentlichen Körperschaften unterhalten. Ähnlich typisch ist die Kombination von Trägerschaft und Zweck bei den Tbc-Heilstätten, die zum größten Teil von den Landesversicherungsanstalten Schleswig-Holstein und Hamburg sowie von der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, also von öffentlichen Kostenträgern, unterhalten werden, und bei gynäkologisch-geburtshilflichen Anstalten, die ausschließlich privat sind.

Für die Beurteilung der "Behandlungskapazität" der einzelnen Kreise sind jedoch die Bettenbestände wichtiger als die Zahl der Krankenanstalten. Die allgemein festzustellende Abnahme des Bettenangebots wurde bereits oben erwähnt; in den einzelnen Kreisen lassen sich jedoch hierin beträchtliche Unterschiede feststellen.

Der Kreis Schleswig verfügte in den 4 Berichtsjahren stets über die größte Bettenzahl; sie ist seit 1954 leicht angestiegen. 1955 wurde eine geburtshilfliche Klinik und 1956 eine chirurgische Klinik eröffnet. Diese erbrachten einen Neuzugang von 12 bzw. 32 Betten. Die Bettenbestände der bereits 1954 im Kreis Schleswig vorhandenen Krankenanstalten (2 allgemeine und 3 psychiatrische) haben sich im Laufe der Jahre kaum geändert. Besondere Bedeutung haben hier die 3 psychiatrischen Heilstätten, deren Bettenzahl von 2 939 am 31. Dezember 1954 auf 2 997 Ende 1957 leicht angestiegen ist. Damit verfügen die psychiatrischen Krankenanstalten des Kreises Schleswig über den Hauptteil (87%) der insgesamt in diesem Kreis stehenden Normalbetten.

An zweiter Stelle - nach der Bettenzahl - steht der Kreis Oldenburg mit 2 965 Normalbetten am 31.12.1957. Der Bettenbestand ist gegenüber 1954 um 4,4% zurückgegangen. An der hohen Bettenzahl ist auch hier eine psychiatrische Krankenanstalt mit rund 1 600 Betten beteiligt. Von den insgesamt am 31.12.1957 in Schleswig-Holstein verfügbaren 6 363 Krankbetten in psychiatrischen Krankenanstalten stellen die Kreise Schleswig und Oldenburg fast 73%. Weitere 19% der Psychatriebetten stehen

im Kreis Segeberg, der in der gesamten Bettenstellung mit 2 375 Normalbetten Ende 1957 an vierter Stelle liegt. Den dritten Platz hält die Landeshauptstadt Kiel, deren großes Bettenangebot, rund 2 800 Betten, im wesentlichen den Universitätskliniken zu verdanken ist. Einen hohen Bettenbestand weist auch der Kreis Hzt. Lauenburg mit 1 978 Betten auf. Hier fallen besonders die 4 großen Tuberkuloseheilstätten ins Gewicht, deren Bettenzahl fast zwei Drittel der insgesamt im Kreis Lauenburg verfügbaren Krankbetten ausmacht. Von der Gesamtzahl der im Lande in Tbc-Krankenanstalten verfügbaren Betten standen Ende 1957 rund 34% im Kreis Hzt. Lauenburg. Weitere aus heilklimatischen Gründen von Tuberkulosekranken bevorzugte Gebiete sind die Kreise Eutin, Südtondern und Stormarn.

Es zeigt sich, daß die extrem hohen Bettenzahlen in einzelnen Kreisen im wesentlichen durch das Vorhandensein besonderer Fachkrankenanstalten bestimmt werden. Selbstverständlich hat auch die Einwohnerzahl Einfluß auf die Zahl der Betten in den Kreisen, im wesentlichen jedoch nur auf die in allgemeinen Krankenanstalten. So stehen z. B. die 1 067 Betten im Kreise Pinneberg (dem größten Landkreis) zu 97% in allgemeinen Krankenanstalten.

Tab.2 Krankenanstalten und Betten in den Kreisen (Stand: jeweils am 31. 12.)

Kreisfreie Städte und Landkreise	Krankenanstalten		Normalbetten				
	1954	1957	1954		1957		
			abs.	%	abs.	%	
Flensburg	8	7	1 181	4,2	1 104	4,3	+ 1122
Kiel ¹⁾	20	23	2 779	9,8	2 792	10,8	2
Lübeck	12	10	2 880	10,1	2 311	8,9	2
Neumünster	4	5	612	2,2	637	2,5	2
Kreisfr. Städte insges.	44	45	7 452	26,3	6 844	26,5	
Eckernförde	4	3	411	1,4	240	0,9	+ 243
Eiderstedt	2	2	58	0,2	64	0,2	
Eutin	9	7	1 329	4,7	1 020	3,9	*
Flensburg-Land	-	-	-	-	-	-	
Hzt. Lauenburg	12	12	1 979	7,0	1 978	7,7	*
Husum	6	5	508	1,8	389	1,5	* 3
Norderdithmarschen	4	4	484	1,7	469	1,8	+ 470
Oldenburg (Holst.)	5	5	3 103	10,9	2 965	11,5	+ 2033
Pinneberg	7	8	1 124	4,0	1 067	4,1	+ 1085
Plön	9	3	485	1,7	408	1,6	232
Rendsburg	10	9	1 199	4,2	1 100	4,3	2
Schleswig	5	7	3 384	11,9	3 450	13,3	2
Segeberg	6	7	2 347	8,3	2 375	9,2	+ 2403
Steinburg	9	7	1 108	3,9	809	3,1	+ 836
Stormarn	8	7	1 322	4,7	1 178	4,6	2
Süderdithmarschen	5	4	395	1,4	336	1,3	2
Südtondern	9	9	1 690	6,0	1 161	4,5	+ 1282
Landkreise insges.	110	101	20 926	73,7	19 009	73,5	
Schleswig-Holstein insgesamt	154	146	28 378	100	25 853	100	

1) Die Universitätskliniken werden als eine Anstalt gezählt

Die Entwicklung der Bettenziffer

Einen Maßstab für die Versorgung der Bevölkerung mit Krankenbetten erhält man durch die Berechnung der sog. Bettenziffer, d. i. das Verhältnis der Zahl der Normalbetten in den Krankenanstalten zur Einwohnerzahl des Landes. Von der Summe der im Lande Schleswig-Holstein vorhandenen Krankenbetten muß dabei ein Teil abgezogen werden, der ausschließlich für Patienten aus anderen Bundesländern bereitsteht. Es handelt sich um Betten, die in Heilanstalten stehen, welche von nichtschleswig-holsteinischen Trägern unterhalten werden, oder die in anderen Anstalten auf Grund vertraglicher Abmachungen für auswärtige Patienten freigehalten werden müssen. Ende 1957 waren das 3 574 Betten. Gegenüber 1954 ist die Zahl der "Fremdbetten" um 280 gesunken. Der Höchstbestand an Fremdbetten in den 4 Berichtsjahren wurde 1955 mit 4 104 Betten festgestellt. Im Durchschnitt der Jahre waren etwa 14% der insgesamt im Lande bereitstehenden Betten ausschließlich für Patienten aus anderen Bundesländern reserviert.

Für Schleswig-Holstein ergab sich am 31.12. 1954 eine bereinigte Bettenziffer von 106. Das heißt, für je 10 000 Einwohner standen in den Krankenanstalten des Landes 106 Betten bereit! Von 1954 bis Ende 1957 ging die Einwohnerzahl Schleswig-Holsteins von rund 2 284 000 auf rund 2 264 000 zurück. Diesem Bevölkerungsverlust von rund 1% steht ein Abbau des Bettenbestandes von rund 9% gegenüber. Damit sank die Bettenziffer auf 97, das entspricht einer relativen Abnahme um 8,5%. Im Bundesgebiet ist die Bettenziffer leicht angestiegen: Ende 1954 betrug sie 105, Ende 1957 kamen auf 10 000 Einwohner 107 Krankenbetten.

Tab. 3
Bettenziffern der Krankenanstalten nach der Fachrichtung

Fachrichtung	Normalbetten ¹ je 10 000 Einwohner			
	1954	1955	1956	1957
Allgemeine Krankenanstalten	69	58	58	57
Krankenanstalten für innere Krankheiten	4	3	4	4
Tuberkulose-Krankenanstalten	13	12	10	9
Chirurgische Krankenanstalten	5	5	5	5
Gynäkol.-geburtshilfl. Krankenanstalten ²	4	6	5	5
Psychiatrische Krankenanstalten	15	23	22	23
Sonstige Krankenanstalten	1	1	1	1
Krankenanstalten insgesamt ³	106	103	99	97

1) ohne Betten, die nur für Patienten aus anderen Bundesländern zur Verfügung stehen 2) einschl. Entbindungsanstalten; Bettenziffer berechnet auf 10 000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren
3) ohne Betten der gynäkologisch-geburtshilfl. Krankenanstalten

1) Da die Betten in den gynäkologisch-geburtshilfl. Krankenanstalten und in den Entbindungsheimen nicht für die gesamte Bevölkerung zur Verfügung stehen, sondern nur von weiblichen Patienten belegt werden können, wurden sie in die Berechnung der Bettenziffer für das Land nicht einbezogen

Die Entwicklung der Bettenziffer in den Krankenanstalten der verschiedenen Disziplinen ist unterschiedlich. Während die Bettenziffer bei den allgemeinen Krankenanstalten von 69 auf 57 zurückging, ist sie bei den Fachanstalten von 38 auf 41 gestiegen. Jedoch ist auch bei einzelnen Fachkrankenanstalten eine Abnahme der Bettenziffer festzustellen, so bei den Tuberkuloseheilstätten von 13 auf 9. Auch hier zeigt sich also die oben erwähnte Anpassung des Bestandes an Tbc-Betten an die sinkende Zahl der Tbc-Fälle.

Bei der Berechnung einer Bettenziffer für die geburtshilflich-gynäkologischen Anstalten ist es sinnvoll, die Bettenzahl dieser Anstalten in Beziehung zur Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter (15 bis unter 45 Jahre) zu setzen. So berechnet ergibt sich für 1954 eine Bettenziffer von 4, und Ende 1957 von 5.

Die bedeutendste Steigerung der Bettenziffer wurde bei den psychiatrischen Krankenanstalten von 15 auf 23, also um mehr als die Hälfte festgestellt. Diese Häuser nehmen aber insofern eine Sonderstellung ein, als sie in der Regel nicht kurzfristig aufgesucht werden, sondern zum größten Teil Dauerpatienten beherbergen. Ihre Bettenziffer läßt sich also nur bedingt mit den Bettenziffern der übrigen Krankenanstalten vergleichen.

Patienten und Pflagetage

In den Fachabteilungen der schleswig-holsteinischen Krankenanstalten (ohne Psychiatrie) wurden im Jahre 1957 insgesamt 265 162 Patienten² stationär behandelt. Das sind 8 637 Kranke (3%) mehr als im Jahre 1954. Die Zahl der stationär behandelten Kranken ist jedoch in den vier Jahren nicht stetig gestiegen. Für das Jahr 1956 ist ein leichter Rückgang gegenüber 1955 festzustellen.

Die Zahl der Pflagetage ist dagegen zurückgegangen: 1954 fielen in der stationären Krankenversorgung des Landes rund 6,5 Mio Pflagetage an, 1955 waren es 6,7 Mio, und dann sank die Zahl der Pflagetage über 6,5 Mio im Jahre 1956 auf rund 6,3 Mio im Jahre 1957. In diesen und den folgenden Zahlen sind die Patienten und Pflagetage in psychiatrischen Fachabteilungen nicht enthalten.

Von der Gesamtzahl der 1957 stationär behandelten Kranken waren 33% Patienten in den chirurgischen Fachabteilungen allgemeiner Krankenhäuser oder in chirurgischen Spezialkliniken (1954: 31%). Der Anteil der Patienten in den Fachstationen für innere Krankheiten stieg von 22% im Jahre 1954 auf 24% im Jahre 1957.

2) siehe "Methoden und Erläuterungen"

Mehr als die Hälfte aller stationär behandelten Kranken wurde also in den beiden Fachabteilungen "Chirurgie" und "Innere Krankheiten" versorgt. An dritter Stelle stand in allen vier Jahren die Fachabteilung "Gynäkologie und Geburtshilfe" (einschl. der Entbindungsheime), deren Anteil an der Gesamtzahl der Patienten von 12% auf 13% anstieg. Der Anteil der übrigen Fachabteilungen ging in den vier Jahren von 35% auf 29% zurück.

Tab. 4 Stationär behandelte Kranke, Pflage tage und durchschnittliche Verweildauer in den Fachabteilungen

Fachabteilungen	Stationär behandelte Kranke		Pflage tage		Durchschnittl. Verweildauer je Patient (Tage)	
	1954	1957	1954	1957	1954	1957
Chirurgie	80 108	87 895	1 581 386	1 689 067	20	20
Innere Krankheiten	56 552	64 642	1 164 725	1 323 317	22	21
Infektionskrankheiten	5 534	4 160	139 864	85 803	27	21
Tuberkulose	16 719	12 366	1 911 734	1 471 736	160	168
Gynäkologie und Geburtshilfe ¹	30 533	35 440	456 871	470 653	15	14
Säuglings- und Kinderkrankheiten	8 545	10 412	225 426	286 013	28	29
HNO-Krankheiten	7 848	9 528	80 812	90 854	10	10
Augenkrankheiten	2 957	2 788	56 402	57 508	20	21
Haut- und Geschlechtskrankheiten	2 823	2 655	77 759	62 950	29	24
Neurologie	2 607	2 016	78 200	57 852	32	31
Orthopädie	2 257	2 394	98 472	92 735	46	41
Sonstige Fachabteilungen	40 042	30 866	666 973	603 876	17	20
insgesamt ²	256 525	265 162	6 538 624	6 292 364	27	25

1) einschl. Entbindungsanstalten
2) ohne Psychiatrie

Auch bei den Pflage tagen stehen die chirurgischen Fachabteilungen an der Spitze: 1957 leisteten sie 27% sämtlicher Pflage tage, 1954 dagegen 24%. An zweiter Stelle stehen 1957 die Tuberkulosefachabteilungen, deren Anteil an der Gesamtsumme der Pflage tage seit 1954 von 29% auf 23% gesunken ist. Die Abteilungen für innere Krankheiten konnten ihren Anteil im gleichen Zeitraum von 18% auf 21% ausdehnen. Von den Pflage tagen stellen die gynäkologischen und geburtshilflichen Fachabteilungen einschließlich der Entbindungsanstalten rund 7%.

Der Belegungsgrad der Betten, d. i. das Verhältnis der Pflage tage zur Zahl der Normalbetten, ist seit 1954 beträchtlich gestiegen. Im Jahre 1954 entfielen auf je ein Normalbett in den Krankenanstalten des Landes (ohne Psychiatrie) durchschnittlich 293 Pflage tage. 1957 war jedes Normalbett im Durchschnitt 332 Tage belegt. Bezogen auf die Gesamtzahl der Jahrestage (365) ergibt sich die durchschnittliche

jährliche Bettenausnutzung mit 80% für 1954 und 91% für 1957.

Tab. 5 Die Ausnutzung der Bettenkapazität

Jahr	Normalbetten ¹	Pflage tage ¹	Pflage tage je Bett	Durchschnittl. jährliche Bettenausnutzung in %
1954	23 784	6 970 552	293	80,3
1955	21 100	6 804 189	322	88,4
1956	20 149	6 637 953	329	90,2
1957	19 490	6 462 463	332	90,8

1) ohne psychiatrische Krankenanstalten

Durchschnittliche Verweildauer

Ein Maß für die Dauer des Aufenthalts in den Krankenanstalten ist die durchschnittliche Verweildauer, die 1957 mit 25 Tagen gegenüber 27 Tagen im Jahre 1954 errechnet wurde. Auch hier sind die psychiatrischen Krankenanstalten nicht berücksichtigt, da ihre Einbeziehung die durchschnittliche Verweildauer überhöhen würde. Nimmt man auch die Fachabteilungen für Tuberkulose aus der Berechnung heraus, so ergibt sich, daß sowohl 1954 als auch 1957 jeder Patient in den der allgemeinen Krankenversorgung dienenden Anstalten durchschnittlich 20 Tage in stationärer Behandlung war.

Für die einzelnen Fachabteilungen ergaben sich verschieden lange Verweildauern je Patient. Die längsten Aufenthalte lassen sich für die Kranken in den Fachabteilungen für Tuberkulose feststellen. Diese Kranken waren 1954 durchschnittlich 160 Tage, 1957 sogar 168 Tage in stationärer Behandlung. Die kürzeste Verweildauer in den vier Berichtsjahren wurde für die Patienten in Fachabteilungen für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten mit rund 10 Tagen errechnet. Eine verhältnismäßig kurze Aufenthaltsdauer ergab sich für die Wöchnerinnen in Entbindungsheimen mit 11 bis 12 Tagen. Die Verweildauer von 14-15 Tagen in den gynäkologischen Fachabteilungen dürfte wegen der vielen Entbindungen in diesen Abteilungen so gering sein.

Wie bereits oben erwähnt, ist die durchschnittliche Verweildauer der stationär behandelten Kranken im Landesdurchschnitt von 1954 bis 1957 zurückgegangen. Auch im Bundesgebiet konnte dieser Rückgang festgestellt werden: 1954 waren die Patienten durchschnittlich 30 Tage und 1957 29 Tage in stationärer Behandlung. Für Schleswig-Holstein ist lediglich für Tuberkulosefachabteilungen die erwähnte Verlängerung der Verweildauer festzustellen. Stärkere Verkürzungen ergaben sich für die Infektionsabteilungen (von 27 auf 21 Tage) sowie die Fachabteilungen für Haut- und Geschlechtskrankheiten (29 auf 24) und die Orthopädie (46 auf 41).

Das Personal in den Krankenanstalten

Für den 31.12.1957 meldeten die schleswig-holsteinischen Krankenanstalten einen Personalbestand von insgesamt 14 103 Bediensteten. Das sind 851 Personen mehr als Ende 1954. Einen Einblick in die Betreuungsverhältnisse gewinnt man durch die Berechnung von speziellen Bettenziffern für die einzelnen Personalgruppen.

Tab. 6 Das Personal in den Krankenanstalten

Personalgruppe	1954		1957	
	insgesamt	auf 1 000 Normalbetten	insgesamt	auf 1 000 Normalbetten
Hauptamtliche Krankenanstaltsärzte	1 057	37	968	37
davon				
Leitende Ärzte	225	8	220	9
Nachgeordnete Ärzte	832	29	748	29
Belegärzte	225	8	253	10
Hospitierende und unbezahlte Ärzte, Medizinalassistenten	43	2	33	1
Ärzte zusammen	1 325	47	1 254	49
Krankenschwestern, Säuglings- und Kinderschwestern	3 021	106	3 154	122
Kranken- und Irrenpfleger	958	34	1 111	43
Sonstige Pflegepersonen	651	23	509	20
Pflegepersonen in Ausbildung	358	13	806	31
Pflegepersonen zusammen	4 988	176	5 580	216
Apothekenpersonal	67	2	79	3
Med.-technische Hilfskräfte	417	15	469	18
Krankengymnasten, Masseur	177	6	183	7
Sonstiges medizinisches Hilfspersonal	300	11	370	14
Sonstiges Personal zusammen	961	34	1 101	43
Verwaltungskräfte	845	30	859	33
Wirtschaftspersonal	5 133	181	5 309	205
Personal insgesamt	13 252	467	14 103	546

In den Krankenanstalten des Landes waren Ende 1957 1 254 Ärzte (einschl. der Medizinalassistenten) tätig. Seit Ende 1954, wo 1 325 Ärzte gemeldet waren, ist neben der absoluten Zahl auch der Anteil des ärztlichen Personals an der Gesamtzahl der Beschäftigten in den Anstalten von 10 auf 9% zurückgegangen.

Die Zahl der hauptamtlichen Anstaltsärzte ist im Berichtszeitraum von 1 057 auf 968 zurückgegangen. Der Grund für diesen Rückgang ist in der oben erwähnten Auflösung von Krankenanstalten und in der Verringerung des Bettenbestandes zu sehen. Demgegenüber steht eine Zunahme der Zahl der Belegärzte (Ärzte, die überwiegend in freier Praxis tätig sind, aber auch Patienten stationär behandeln) von 225 auf 253.

Die Zahl der Pflegepersonen (Krankenschwestern, Pfleger, Hebammen u. ä.) ist nur geringfügig gestiegen. Da der Bettenbestand im gleichen Zeitraum jedoch zurückging, ergab sich für 1957 mit 185 Pflegepersonen je 1 000

Betten eine günstigere Betreuungsziffer als 1954 (163 Pflegepersonen).

Neben den vollausgebildeten Pflegepersonen sind - vorwiegend an den größeren Krankenanstalten - eine Reihe von Personen tätig, die für den Schwestern- bzw. Hebammenberuf oder als Krankenpfleger praktisch ausgebildet werden. Dieser Personenkreis hat unter dem Klinikpersonal in den vier Jahren sehr stark an Bedeutung gewonnen. 1954 wurden von den Krankenanstalten 358 sogenannte Pflegeschülerinnen bzw. -schüler gemeldet, Ende 1957 dagegen 806, also mehr als die doppelte Anzahl.

Fast die Hälfte (rund 44%) des gesamten Anstaltspersonals sind Verwaltungs- und Wirtschaftskräfte. Die Gesamtzahl der Personen dieser Beschäftigtengruppe stieg seit 1954 um 3,2% auf 6 168 Personen. Den weitaus größten Teil dieser Gruppe (im Durchschnitt der vier Jahre rund 86%) stellen die Wirtschaftskräfte der Anstalten (Küchen- und Reinigungspersonal, Handwerker, Heizer u. ä.), deren Zahl auf 5 309 Personen anstieg. Die Zahl der ausschließlich in der Verwaltung der Kliniken tätigen Bediensteten erhöhte sich nur geringfügig.

Begriffe und Methoden

Krankenanstalten im Sinne dieser Erhebung sind:

- Anstalten, in denen Kranke untergebracht und gepflegt werden und in denen durch ärztliche Hilfeleistung erstrebt wird, Krankheiten, Leiden oder Körperschäden festzustellen, zu heilen oder zu lindern,
- Entbindungsheime (mit mindestens 10 Betten).

Nicht erfasst werden Anstalten, in denen nur eine ärztliche Überwachung ohne regelmässige ärztliche Behandlung stattfindet.

Normalbetten sind solche Betten, die den Richtlinien für den Bau und die Einrichtung von Krankenanstalten entsprechen. Darüber hinaus können in den einzelnen Krankenanstalten noch sogenannte Notbetten aufgestellt werden.

Die durchschnittliche Verweildauer wird nach der Formel

$$\frac{\text{Pflegetage} \cdot 2}{\text{Zugänge} + \text{Abgänge}} \quad \text{berechnet.}$$

Die Gesamtzahl der im Berichtsjahr in den Krankenanstalten stationär behandelten Kranken ergibt sich aus der Addition "Krankenbestand am Anfang des Jahres" plus "Krankenzugang im Laufe des Jahres". Bei Anstalten mit mehreren Fachabteilungen ist als Krankenzugang die Summe der Zugänge der einzelnen Abteilungen verwendet worden. Sie setzen sich zusammen aus "Zugängen von aussen" und "Zugängen durch Verlegung aus anderen Fachabteilungen". Die aus der Summierung der Einzelpositionen für die Fachabteilungen errechnete Zahl der stationär behandelten Kranken in Tabelle 4 ist demnach um die Zahl der internen Verlegungen überhöht.

Die Krankenanstaltsstatistik - gesetzliche Grundlage: Gesetz zur Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 3.7.1934, § 49 der 3. DVO - wird jährlich zum 31. Dezember bundeseinheitlich durchgeführt. Sie ist ein Teil des Jahresberichtes, den die Gesundheitsämter den Gesundheitsbehörden der Länder erstatten. Sämtliche Krankenanstalten melden dazu den Bettenbestand, die Krankenbewegung im Berichtsjahr sowie das Anstaltspersonal. Nach Prüfung der Angaben durch die zuständigen Gesundheitsämter werden die Erhebungsbogen dem Statistischen Landesamt zur Aufbereitung übergeben.

Dipl.-Volksw. Klaus Kamp

Vergleiche auch: "Die Entwicklung der Krankenanstalten von 1949 bis 1952" in Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, 5. Jahrgang, Heft 6, Juni 1953, Seite 203 ff. und "Die Krankenanstalten im Jahre 1957" in Wirtschaft und Statistik, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, 10. Jahrgang, N.F., Heft 11, November 1958, Seite 604 ff.

Kurzberichte

Die Verdienste der kaufmännischen Angestellten in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet

Der Brutto-Monatsverdienst im Durchschnitt aller kaufmännischen Angestellten in Industrie und Handel betrug im Mai 1958 in Schleswig-Holstein 440 DM, im Bund 463 DM. Von den insgesamt erfaßten kaufmännischen Angestellten waren im Bundesgebiet 43% und im Land 48% männlich. Männer und Frauen verdienten, beide für sich genommen, in Schleswig-Holstein weniger als ihre Kollegen im Bund. Bei den männlichen Angestellten war der Verdienstabstand noch größer als bei den weiblichen.

Die feinere Gliederung nach Geschlecht und Qualifikation zeigt, daß außer den Frauen der niedrigsten Qualifikationsstufe (LGr V) alle übrigen Gruppen kaufmännischer Angestellten in Schleswig-Holstein niedrigere Gehälter erhielten als die entsprechenden im Bund. Am größten war der Abstand bei den Angestellten der LGr II. In der niedrigsten Qualifikationsstufe dagegen (LGr V) erreichten die Verdienste der Männer fast den entsprechenden Bundesdurchschnitt und die der Frauen überragten ihn sogar um 11%. Diese Unterschiede und die verschiedene Struktur der männlichen und weiblichen Angestellten nach der Qualifikation erklären den größeren Verdienstabstand im Durchschnitt aller Männer. Im Mai 1958 gehörten nämlich von allen männlichen kaufmännischen Angestellten ein Fünftel zur höchstqualifizierten LGr II und nur 7% zur LGr V; von allen weiblichen kaufmännischen Angestellten

Die Brutto-Monatsverdienste der kaufmännischen Angestellten in Industrie und Handel im Mai 1958

Wirtschaftsbereich	Männliche Angestellte			Weibliche Angestellte		
	Bundesgebiet	Schleswig-Holstein		Bundesgebiet	Schleswig-Holstein	
	in DM	in DM	Abstand in %	in DM	in DM	Abstand in %
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	650	564	- 13	423	385	- 9
Investitionsgüterindustrien	641	584	- 9	409	395	- 3
Verbrauchsgüterindustrien	609	586	- 4	384	359	- 7
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	612	561	- 8	386	358	- 7
Baugewerbe	624	582	- 7	408	349	- 14
Handel, Geld- und Versicherungswesen	566	533	- 6	343	328	- 4
zusammen	594	546	- 8	363	343	- 6
und zwar						
Leistungsgruppe II	860	782	- 9	695	601	- 14
" III	624	607	- 3	494	445	- 10
" IV	427	407	- 5	331	315	- 5
" V	367	364	- 1	276	305	+ 11

hingegen zählten zur LGr II nur 4% und zur LGr V annähernd ein Fünftel.

Die verschiedenen großen Verdienstabstände in den einzelnen Wirtschafts-Hauptbereichen sind teils durch echte Differenzen zwischen den Effektivgehältern in Bund und Land und teils durch Unterschiede in der Zusammensetzung der Angestellten nach Gewerbegruppen und Qualifikation bedingt.

He.

Die Filmtheater im Bundesgebiet und in Schleswig-Holstein

Die Spitzenorganisation der Filmwirtschaft e.V. in Wiesbaden hat kürzlich¹ neue Übersichten über die Gemeinden mit ortsfesten Filmtheatern für das Bundesgebiet und für die einzelnen Länder veröffentlicht. Die wichtigsten Zahlen sind in den folgenden Tabellen zusammengefaßt²

Tab. 1 Die ortsfesten Filmtheater in den Bundesländern am 31.12.1957

Land	Filmtheater	Sitzplätze	Sitzplätze je Filmtheater	Sitzplätze je 1 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	258	104 019	403	45,9
Hamburg	176	91 839	522	51,4
Bremen	66	35 924	544	54,1
Niedersachsen	698	278 190	399	42,8
Nordrhein-Westfalen	1 698	813 035	479	53,5
Rheinland-Pfalz	472	170 239	361	51,4
Hessen	709	262 124	370	57,0
Baden-Württemberg	881	353 363	401	48,4
Bayern mit Lindau	1 355	501 628	370	54,6
Bundesgebiet	6 313	2 610 361	413	51,4
Berlin (West)	264	129 254	490	58,0
Bundesgebiet und Berlin (West)	6 577^a	2 739 615	417	51,7

a) darunter bespielen 248 Filmtheater zusätzlich 772 Mitspielstellen. Ausserdem bespielen 396 Wanderfilmbetriebe 3 610 Spielorte.

Wesentliche Verschiebungen zwischen den Ländern hinsichtlich der Zahl der Filmtheater, der Zahl der Sitzplätze und ihrer Durchschnittsgröße sind gegenüber 1953 nicht eingetreten. In Schleswig-Holstein hat die Zahl der Filmtheater in diesen vier Jahren um 40 zugenommen, die der Sitzplätze um 17 500 und die Durchschnittsgröße um 6 Sitzplätze je Filmtheater. Den Unterhaltungswünschen von 1 000 Einwohnern stehen jetzt mit 46 Plätzen 9 mehr zur Verfügung als 1953.

1) Statistische Berichte 6. Jg., Sonder-Nr. 1 - Dezember 1958, S. 13 ff.
2) Zahlen nach dem Stand vom 31. 12. 1953 siehe in "Die Filmtheater im Bundesgebiet und in Schleswig-Holstein", Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, 1955, Heft 3, S. 101

Tab. 2 Die Filmtheater in Schleswig-Holstein nach Gemeindegrößenklassen und Platzzahlgruppen

Gemeinden mit ... Einwohnern	Insgesamt		davon Filmtheater mit ... Sitzplätzen				
	Filmtheater	Sitzplätze in 1 000					
			bis 300	301-500	501-750	751-1 000	über 1 000
unter 2 000	16	4	14	1	1	-	-
2 000 b.u. 5 000	53	16	32	21	-	-	-
5 000 " 10 000	55	19	22	31	2	-	-
10 000 " 20 000	39	17	6	24	9	-	-
20 000 " 50 000	32	15	2	20	9	1	-
50 000 " 100 000	13	7	2	4	5	2	-
100 000 und mehr	50	26	10	16	15	7	2
Insgesamt							
Filmtheater	258	x	88	117	41	10	2
Sitzplätze in 1 000	x	104	22	48	24	9	2

Die Zunahme von 40 Filmtheatern hat sich nicht gleichmäßig auf alle Gemeindegrößenklassen verteilt. Die meisten Neueröffnungen - 13 - gab es in Gemeinden von 2 000 bis 5 000 Einwohnern, dann folgen mit 11 neuen Theatern die Großstädte mit 100 000 und mehr Einwohnern. Die geringste Veränderung in der Zahl der Filmtheater ergab sich bei den Gemeinden in den Größenklassen von 20 000 bis 100 000 Einwohnern.

Die 258 Filmtheater verteilen sich innerhalb des Landes Schleswig-Holstein auf 118 Orte, und zwar besaßen

64 Gemeinden je	1 Filmtheater
26 Gemeinden je	2 Filmtheater
13 Gemeinden je	3 Filmtheater
6 Gemeinden je	4 Filmtheater
3 Gemeinden je	5 Filmtheater
1 Gemeinde	8 Filmtheater und
2 Grossstädte zusammen	50 Filmtheater.

Außerdem werden 398 Orte von 31 Wanderfilmtheatern bespielt.

Kli.

Die Fürsorge in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet 1957

Auch im Rechnungsjahr 1957 war die Fürsorgedichte in Schleswig-Holstein erheblich höher als im Mittel aller Bundesländer: während dort auf 1 000 Einwohner 18 Personen in der offenen Fürsorge laufend unterstützt wurden, waren es im Lande 28. Die Fürsorgedichte ist in den kreisfreien Städten mit 19 (Bund) bzw. 29 (Schleswig-Holstein) höher als in den Landkreisen (14 bzw. 25). Der Unterschied zwischen Stadt und Land ist in Schleswig-Holstein dadurch, daß auch auf dem Lande zahlreiche Bedürftige laufend unterstützt werden, kleiner als im ganzen Bundesgebiet. Von den 600 000 Parteien, die im Bundesgebiet in offener Fürsorge laufend unterstützt werden, leben 46 000 in Schleswig-Holstein; die entsprechenden Zahlen für die Personen lauten 900 000 und 64 000. Die durchschnittliche Personenzahl je Partei ist im Lande

Die öffentliche Fürsorge im Rechnungsjahr 1957

Leistung	Bundesgebiet		Schleswig-Holstein		
	Mio DM	%	Mio DM	%	Anteil am Bund in %
Offene Fürsorge	723	53,9	47,3	61,3	6,5
darunter					
laufende Unterstützung ¹	476	35,5	33,2	43,0	7,0
einmalige Unterstützung ¹	144	10,7	7,4	9,6	5,1
Geschlossene Fürsorge	619	46,1	29,8	38,7	4,8
Öffentliche Fürsorge zus.	1 342	100	77,2	100	5,7
davon					
Allgemeine Fürsorge	1 045	77,9	61,0	79,1	5,8
Fürsorge f. Zugewanderte	61	4,6	1,8	2,3	3,0
Soziale Fürsorge	116	8,6	7,4	9,5	6,4
Tbc-Hilfe	120	9,0	7,0	9,0	5,8

1) ohne soziale Fürsorge

mit 1,4 etwas kleiner als im Bund.

Für die öffentliche Fürsorge war im Rechnungsjahr 1957 ein Gesamtaufwand von 1 342 Mio DM im Bund, davon 77 Mio DM (= 5,7%) in Schleswig-Holstein erforderlich. Je Einwohner sind das 26,50 DM im Bund und 34,10 DM in Schleswig-Holstein. Von dem Gesamtaufwand werden im Bund 54% für die offene Fürsorge in Anspruch genommen, der Rest für die geschlossene; im Land sind es dagegen 61%. Die besondere Lage Schleswig-Holsteins kommt jedoch erst in dem Anteil der laufenden Unterstützungen der offenen Fürsorge am Gesamtaufwand richtig zum Ausdruck, der mit 43% erheblich über dem des Bundes liegt (35%); einmalige Unterstützungen dagegen beanspruchen in Schleswig-Holstein mit 10% einen kleineren Teil des Gesamtaufwandes als im Bundesgebiet (11%).

In der Gliederung des Gesamtaufwandes nach Personengruppen zeigen sich ebenfalls Unterschiede zwischen Bund und Land. Fürsorge für Zugewanderte spielt in Schleswig-Holstein eine geringere Rolle als im ganzen Bundesgebiet: nur 3% der Fürsorgeleistungen aller Länder an Zugewanderte wurde in Schleswig-Holstein gezahlt. Die soziale Fürsorge dagegen, das sind Leistungen an Kriegshinterbliebene (Erziehungsbeihilfe) und Kriegsbeschädigte (Berufsfürsorge, Sonderfürsorge), hat in Schleswig-Holstein einen relativ größeren Umfang als im Mittel der anderen Bundesländer.

Die durchschnittliche laufende Unterstützung je Partei belief sich im Lande auf 938 DM im Jahr und im Bund auf 992 DM. Eine gewisse Rolle für die Höhe des Aufwandes je Partei spielt neben der Gestaltung der Fürsorge-Richtsätze in den einzelnen Ländern auch die Zusammensetzung der Parteien nach Zahl und Alter der Angehörigen, weil diese im Richtsatz mit abgestuften Zuschlägen berücksichtigt werden. Aussagen hierüber sind für Schleswig-Holstein in den Statistischen Monatsheften 10. Jg. (1958), Heft 11, enthalten, und für das Bundesgebiet in Wirtschaft und Statistik, 10. Jg., (1958) Heft 7.

Hei.

TABELLENTEIL

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe*	Einheit	1950	1957	1957/58			1958/59			
		Monats-Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
Bevölkerungsstand (Monatsende)										
*Wohnbevölkerung insgesamt	1000	2 589 ^a	2 258	2 264	2 264	2 262	2 273	2 274
darunter										
Vertriebene ¹⁾										
*absolut	1000	856 ^b	637	638	638	637	640	640
in % der Wohnbevölkerung		33,1 ^a	28,2	28,2	28,2	28,2	28,2	28,2
Zugewanderte ²⁾										
*absolut	1000	135 ^b	139	141	141	142	145	145
in % der Wohnbevölkerung		5,2 ^a	6,2	6,2	6,2	6,3	6,4	6,4
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen ³⁾										
*absolut		2 078 ^a	1 550	1 569	1 555	870	1 430	1 552
*je 1000 Einw. und 1 Jahr		9,6 ^a	8,2	8,4	8,1	4,5	7,4	8,3
Lebendgeborene ⁴⁾										
*absolut		3 448 ^a	2 816	2 542	2 726	2 901	2 750	2 784
*je 1000 Einw. und 1 Jahr		16,0 ^a	15,0	13,7	14,2	15,1	14,2	14,9
Gestorbene ⁵⁾ (ohne Totgeborene)										
insgesamt		2 059 ^a	2 200	2 221	2 604	2 903	2 032	2 040
*absolut		9,5 ^a	11,7	11,9	13,5	15,1	10,5	10,9
*je 1000 Einw. und 1 Jahr										
darunter										
im ersten Lebensjahr										
*absolut		172	92	106	99	113	93	79
*je 100 Lebendgeborene		5,0	3,3	4,2	3,6	3,9	3,4	2,8
Mehr (+) bzw. weniger (-) geboren als gestorben										
*absolut		+ 1 389 ^a	+ 616	+ 321	+ 122	- 2	+ 718	+ 744
*je 1000 Einw. und 1 Jahr		+ 6,4 ^a	+ 3,3	+ 1,7	+ 0,6	- 0	+ 3,7	+ 4,0
Wanderungen										
*Zuzüge über die Landesgrenze		5 323	6 849	6 467	6 116	6 109	7 241	6 037
darunter										
Vertriebene		2 173	2 060	1 924	1 739	1 755	1 915	1 606
Zugewanderte		.	865	860	673	754	1 176	948
*Fortzüge über die Landesgrenze		14 284	6 388	6 336	6 121	8 199	8 249	6 312
darunter										
Vertriebene		9 662	2 064	2 075	1 953	2 281	2 317	1 763
Zugewanderte		.	546	532	530	739	958	817
*Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)		-8 961	+ 461	+ 131	- 5	-2 090	-1 008	- 275
darunter										
Vertriebene		-7 489	- 4	- 151	- 214	- 526	- 402	- 157
Zugewanderte		.	+ 319	+ 328	+ 143	+ 15	+ 218	+ 131
*Umzüge innerhalb des Landes ⁶⁾		11 614	9 778	10 376	8 472	8 126	11 564	10 363
Wanderungsfälle ⁶⁾										
insgesamt		31 221	23 015	23 179	20 709	22 434	27 054	22 712
absolut		201 ^a	177	180	152	159	200	177
*je 1000 Einw. und 1 Jahr ⁷⁾										
darunter										
Umsiedler		6 329 ^a	871	852	1 137	879	553	728	710	578
davon nach										
Nordrhein-Westfalen		511	608	539	685	408	239	343	413	353
Baden-Württemberg		2 602	53	35	67	25	35	81	62	35
Rheinland-Pfalz		2 928	15	13	9	8	21	11	13	3
Hessen		238	15	20	12	9	5	6	25	11
Hamburg		41	178	245	364	429	253	287	197	176
Bremen		9	2	-	-	-	-	-	-	-
Arbeitslage										
*Beschäftigte Arbeitnehmer ⁸⁾	1000	624 ^a	730 ^a	.	699	.	.	r 715	.	.
darunter										
*Männer	1000	429 ^a	488 ^a	.	457	.	.	r 477	.	.
*Arbeitslose										
insgesamt										
absolut	1000	210	56	41	91	93	31	37	65	91
*je 100 Arbeitnehmer		25,2	7,1	5,1	11,5	11,8	3,9	4,7	r 8,3	11,6
darunter										
*Männer	1000	146 ^a	35	23	67	70	15	20	43	69
Vertriebene	1000	119 ^a	20	.	30	.	.	.	20	.

) Die mit einem vorangestellten Stern () versehenen Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht +) = Vierteljahresdurchschnitt
 1) Vertriebene sind Deutsche, die am 1.9.1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 2) Zugewanderte sind Deutsche, die am 1.9.1939 in Berlin oder der sowjetischen Besatzungszone gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 3) nach dem Ereignisort 4) nach der Wohngemeinde der Mutter 5) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 6) ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 7) unter Berücksichtigung des gesamten Wanderungsvolumens (Zu- und Fortzüge innerhalb des Landes und über die Landesgrenze) 8) Arbeiter, Angestellte und Beamte a) berechnet auf Grund der zurückgeschriebenen Ergebnisse der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungstatistik 1956 b) am 13.9.1950 c) ohne Anrechnungsfälle d) Vertriebene und Zugewanderte

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1957	1957/58			1958/59			
		Monats-Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
*Rinder (einschl. Kälber)	1000	999 ^e	1 094 ^e	.	1 094	.	.	.	1 129	.
darunter										
*Milchkühe	1000	458 ^e	431 ^e	.	431	.	.	.	426	.
*Schweine	1000	1 031 ^e	1 298 ^e	.	1 298	.	.	.	1 279	.
darunter										
*Zuchtsauen	1000	107 ^e	135 ^e	.	135	.	.	.	126	.
darunter										
*trächtig	1000	68 ^e	85 ^e	.	85	.	.	.	77	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 St	7	14	20	13	11	28	20	14	...
*Kälber	1000 St	14	7	8	8	7	5	5	6	...
*Schweine	1000 St	45	77	95	112	100	66	89	110	...
darunter										
*Hauschlachtungen	1000 St	18 ^f	15 ^g	33	45	36	4	26	42	...
*Gesamtschlachtgewicht ⁹⁾										
(einschl. Schlachtfette)	1000 t	5,0	9,2	10,5	9,2	8,8	11,9	10,3	9,6	...
darunter										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 t	1,6	3,1	4,2	2,7	2,4	6,1	4,4	3,1	...
*Schweine	1000 t	2,6	5,6	5,8	6,0	5,9	5,4	5,5	6,0	...
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
*Rinder	kg	226	226	235	224	235	221	241	225	...
*Kälber	kg	26	43	36	44	46	43	47	48	...
*Schweine	kg	98	91	93	90	93	87	88	88	...
Milcherzeugung										
*Kuhmilcherzeugung	1000 t	130	138	105	123	129	96	105	122	...
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	9,9	10,6	8,1	9,2	9,6	7,2	8,1	9,2	...
*Milchanlieferung an Molkereien in %	%	86	87	84	84	85	85	84	84	...
der Gesamterzeugung										
INDUSTRIE¹⁰⁾										
*Beschäftigte	1000	109	164	170	166	162	164	162	159	...
darunter										
*Arbeiter ¹¹⁾	1000	91	137	143	139	135	136	134	131	...
*Geleistete Arbeiterstunden ¹²⁾	1000	18 055	24 484	26 597	25 246	24 781	26 301	24 198	24 063	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	20,4	48,4	53,3	53,7	51,3	55,0	52,1	59,1	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mio DM	5,6	14,5	15,0	17,2	15,2	16,3	16,6	21,5	...
*Brennstoffverbrauch	1000 SKE ¹³⁾	81	79	90	92	84	81	80	81	...
Gasverbrauch	1000 Nm ³	.	11 805	12 271	11 953	12 157	12 194	10 988	9 961	...
Heizölverbrauch	1000 t	.	27	27	26	27	36	38	39	...
*Stromverbrauch	Mio kWh	30	66	76	71	71	81	79	76	...
*Stromerzeugung (netto) der industriellen										
Eigenanlagen	Mio kWh	11	20	25	22	23	25	24	23	...
*Umsatz ¹⁴⁾	Mio DM	201	447	549	486	434	510	549	524	...
darunter										
*Auslandsumsatz	Mio DM	10	64	106	72	56	63	103	65	...
Index der industriellen Produktion										
Gesamte Industrieproduktion	1950=100	115 ^{h)}	213	235	232	200	232	250	237	...
einschl. Energie und Bau										
darunter Erzeugnisse des/der										
Erdölgewinnung		107	581	594	586	596	584	601	585	...
Industrie der Steine und Erden		111	181	191	125	75	243	r 221	174	...
Hochofen- und Stahlwerke		106	158	164	176	160	141	134	155	...
Eisen-, Stahl- und Temper-										
gießereien		99	126	140	117	127	115	112	110	...
Mineralölverarbeitung		117	598	464	574	646	592	r 727	846	...
Gummi- und Asbestverarbeitung		122	633	677	608	713	797	r 760	752	...
SGewerke und Holzbearbeitung		94	132	110	86	78	105	92	83	...
papierherzeugenden Industrie		102	245	259	228	232	260	284	231	...
Schiffbaues		126	260	315	309	288	324	r 322	337	...
Maschinenbaues		134	274	299	411	212	264	r 380	351	...
elektrotechnischen Industrie		144	363	391	467	375	355	r 453	432	...
feinmechanischen und optischen										
Industrie		159	527	518	688	523	544	639	840	...
Eisen-, Blech- und Metallwaren-										
Industrie (einschl. Sportwaffen)		119	159	167	144	142	174	r 185	183	...
ledererzeugenden Industrie		97	130	145	128	137	103	111	114	...
Schuhindustrie		102	210	242	196	214	209	r 235	175	...
Textilindustrie		118	215	245	210	226	192	r 189	183	...
Bekleidungsindustrie		115	147	178	123	r 135	138	r 127	95	...
Fleischwarenindustrie		137	186	210	189	184	178	r 186	164	...
fischverarbeitenden Industrie		143	186	226	177	151	264	244	184	...
Molkereien und milch-										
verarbeitenden Industrie		102	117	88	100	107	73	88	99	...
tabakverarbeitenden Industrie		114	212	229	171	214	259	259	191	...
Bauproduktion		92	167	189	130	77	220	227	192	...

9) gewerbliche Schlachtungen 10) nach den Ergebnissen der monatlichen Industrieberichterstattung (im allgemeinen Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten); ohne Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauwirtschaft 11) einschl. gewerblicher Lehrlinge 12) einschl. Lehrlingsstunden 13) eine Steinkohleeinheit = 1 t Steinkohle oder Steinkohlenkoks oder -briketts; = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle 14) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren e) Dezember f) β Winterhalbjahr 1950/51 = 35 g) β Winterhalbjahr 1957/58 = 28 h) hier und bei allen folgenden Industriegruppen: 1951

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1957	1957/58			1958/59			
		Monats-Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
*Stromerzeugung (brutto) der öffentlichen Kraftwerke	Mio kWh	66	106	127	121	119	125	127	132	...
*Stromverbrauch 15)	Mio kWh	70	129	149	155	157	156	160	170	...
*Gaserzeugung (brutto) der öffentlichen Werke 16)	Mio cbm	11	16	17	18	19	17	18	19	...
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN										
Bauhauptgewerbe 17) 24)										
*Beschäftigte		39 835	52 106	58 146	37 084	30 938	63 302	61 235	52 133	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1000	6 800	8 742	9 692	6 380	4 072	11 389	10 344	8 985	...
darunter										
*für Wohnungsbauten	1000	3 278	4 096	4 429	2 904	1 832	5 125	4 838	4 295	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	8,5	19,3	22,1	15,9	9,1	28,4	26,0	24,5	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mio DM	0,5	1,2	1,3	1,5	1,3	1,5	1,5	2,0	...
*Umsatz	Mio DM	24,3	58,0	63,9	67,5	37,0	89,3	81,5	87,7	...
Baugenehmigungen 18)										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile) 19)		726	873	842	642	450	1 483	1 004	939	...
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		347	404	449	418	368	490	493	387	...
Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude	Mio DM	22,2	48,1	57,1	61,6	42,4	91,0	64,4	56,3	...
darunter										
für Wohngebäude	Mio DM	16,9	35,1	45,8	29,0	20,8	66,6	46,5	43,5	...
*Umbauter Raum in allen Gebäuden (ohne Gebäudeteile)	1000 cbm	757	915	1 096	942	737	1 418	1 098	957	...
darunter										
*in Wohngebäuden	1000 cbm	536	618	757	477	344	1 048	750	691	...
*Wohnungen 20)		2 306	1 950	2 345	1 531	1 149	3 256	2 295	2 050	...
darunter										
*in ganzen Wohngebäuden		2 061	1 738	2 187	1 365	931	2 998	2 082	1 881	...
Baufertigstellungen										
Wohnungen 21)		1 478	1 819	2 450	7 231	564	1 926	1 594	7 720	...
Wohnräume 22)		4 926	6 626	8 851	26 703	2 165	7 849	6 401	30 914	...
HANDEL										
Index der Einzelhandelsumsätze										
*insgesamt	1957=100	.	.	105	149	93	106	102	156	...
davon										
*Nahrungs- und Genußmittel		.	.	103	125	94	104	100	135	...
*Bekleidung, Wäsche, Schuhe		.	.	113	189	92	101	103	185	...
*Hausrat und Wohnbedarf		.	.	115	169	94	123	121	180	...
*Sonstige Waren		.	.	100	147	96	113	106	162	...
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 DM 23)	824	312	409	298	251	234	472	395	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 DM	1 309	1 279	2 388	1 610	1 518	892	1 472	2 614	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 DM	1 861	6 640	7 293	9 385	6 801	7 699	9 160	10 942	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 DM	13 045	28 040	30 337	28 501	28 462	32 945	32 417	26 369	...
Ausfuhr nach Warengruppen 24)										
*insgesamt	Mio DM	7,2	64,6	74,4	78,7	53,8	53,7	72,7	83,7	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mio DM	0,7	4,4	5,9	6,7	4,0	5,0	5,7	6,7	...
*Gewerblichen Wirtschaft	Mio DM	6,5	60,3	68,5	72,0	49,9	48,7	67,1	77,0	...
davon										
*Rohstoffe	Mio DM	0,2	1,7	2,1	1,8	2,2	2,0	1,6	1,7	...
*Halbwaren	Mio DM	2,3	5,2	5,9	5,5	5,4	3,8	5,4	5,4	...
*Fertigwaren	Mio DM	4,0	53,3	60,5	64,7	42,2	42,9	60,0	69,9	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mio DM	0,5	2,9	2,9	4,2	2,7	3,2	2,7	4,2	...
*Enderzeugnisse	Mio DM	3,5	50,4	57,7	60,5	39,5	39,7	57,3	65,6	...
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern 24)										
Sowjetunion	Mio DM	-	2,5	9,8	0,8	0,7	0,0	0,5	22,4	...
Liberia	Mio DM	0,0	5,4	12,8	0,1	0,0	0,1	0,0	14,4	...
Niederlande	Mio DM	0,6	7,9	11,9	5,9	6,5	3,2	3,7	5,1	...
Dänemark	Mio DM	0,8	4,0	3,7	3,7	3,4	3,2	2,8	4,5	...
Schweden	Mio DM	0,6	3,9	3,9	3,0	12,1	5,4	3,8	4,3	...
Großbritannien	Mio DM	0,1	2,4	1,8	13,3	3,9	2,8	2,3	4,3	...
USA	Mio DM	0,3	2,0	1,4	1,3	1,5	1,7	2,5	2,9	...
Schweiz	Mio DM	0,3	2,0	2,1	1,6	1,6	2,1	2,5	1,9	...
VERKEHR										
Seeschiffahrt 24)										
Güterempfang	1000 t	141	354	351	330	260	443	384
Güterversand	1000 t	86	101	85	99	116	110	104
Binnenschiffahrt										
*Güterempfang	1000 t	.	118	137	106	111	126	150	p 157	...
*Güterversand	1000 t	.	148	167	93	83	259	220	p 205	...

15) einschl. Verluste. 16) einschl. des vom Metallhüttenwerk Lübeck erzeugten Stadtgases 17) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet) 18) baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben 19) bis 1955: Neubau, Wiederaufbau und Umbau ganzer Gebäude, ab 1956: nur Neubau und Wiederaufbau 20) 1950 - 1955: Normal- und Notwohnungen; ab 1956: nur Normalwohnungen 21) 1950: Normal- und Notbau; ab 1956: Normalbau 22) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 23) früher VE = Verrechnungseinheiten, 1 VE = 1 DM-West 24) 1958 = vorläufige Zahlen

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1957	1957/58			1958/59			
		Monats-Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
noch: VERKEHR										
Nord-Ostsee-Kanal ²⁵⁾										
Schiffsverkehr										
Schiffe		3 939	5 549	5 763	4 950	4 682	6 567	6 223	5 693	...
darunter deutsche	%	64,0	62,5	60,8	59,9	65,5	65,4	64,1	63,5	...
Raumgehalt	1000 NRT	1 481	2 764	3 152	2 909	2 569	3 102	3 195	3 068	...
darunter deutscher Anteil	%	23,3	30,3	28,3	25,0	27,7	30,9	31,3	27,6	...
Güterverkehr										
Gesamtverkehr	1000 t	2 492	3 946	4 443	4 006	3 432	4 372	4 511	4 466	...
darunter auf deutschen Schiffen	%	20,1	32,5	30,7	28,6	29,2	33,7	34,0	30,7	...
Richtung West-Ost	1000 t	1 122	2 029	2 313	2 187	1 959	2 053	1 964	2 247	...
Richtung Ost-West	1000 t	1 371	1 917	2 130	1 819	1 473	2 319	2 548	2 219	...
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
*insgesamt		1 244	2 753	2 420	2 204	2 216	3 534	2 550	2 670	...
darunter										
*Kraftfahrzeuge (einschl. Motorroller)		449	370	82	71	67	93	49	30	...
*Personenkraftwagen		398	1 648	1 681	1 473	1 494	2 369	1 740	1 922	...
*Kombinationskraftwagen		.	115	84	113	149	177	153	139	...
*Lastkraftwagen		247	249	248	269	178	348	279	283	...
Fremdenverkehr ²⁶⁾										
*Fremdenmeldungen	1000	44 ¹	106 ¹	54	38	49	73	56	43	...
darunter										
*Auslandsgäste	1000	2 ¹	15 ¹	6	4	4	9	5	5	...
*Fremdenübernachtungen	1000	221 ¹	624 ¹	171	126	142	253	186	143	...
darunter										
*Auslandsgäste	1000	5 ¹	33 ¹	11	10	8	13	9	9	...
GELD UND KREDIT										
Kreditinstitute (ohne LZB) ²⁷⁾										
*Kredite an Nichtbanken	Mio DM	741 ^j	2 675 ^j	2 639	2 675	2 713	3 048	3 078
davon										
*Kurzfristige Kredite	Mio DM	441 ^j	860 ^j	861	860	854	924	928
darunter										
*an Wirtschaft und Private	Mio DM	428 ^j	852 ^j	857	852	849	915	920
*Mittel- und langfristige Kredite	Mio DM	299 ^j	1 815 ^j	1 778	1 815	1 859	2 124	2 149
darunter										
*an Wirtschaft und Private	Mio DM	263 ^j	1 577 ^j	1 540	1 577	1 615	1 829	1 852
*Einlagen von Nichtbanken ²⁷⁾	Mio DM	408 ^j	1 831 ^j	1 811	1 831	1 834	1 996	2 037
davon										
*Sicht- und Termineinlagen	Mio DM	277 ^j	959 ^j	975	959	939	978	1 013
darunter										
*von Wirtschaft und Privaten	Mio DM	231 ^j	819 ^j	824	819	796	823	844
*Spareinlagen am Monatsende	Mio DM	131 ^j	871 ^j	836	871	895	1 018	1 024
darunter										
*bei Sparkassen	Mio DM	94 ^j	573 ^j	553	573	588	680	685	706	...
*Gutschriften auf Sparkonten	Mio DM	9	48	45	98	61	54	52
*Lastschriften auf Sparkonten	Mio DM	7	34	35	63	38	37	46
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		23	12	8	9	9	7	8	6	...
*Vergleichsverfahren (eröffnete)		8	3	2	3	1	2	1	2	...
Wechselproteste	Anzahl	682	829	668	659	553	690	632
Wert	1000 DM	517	622	449	444	373	542	562
STEUERN ²⁸⁾										
*Bundessteuern	1000 DM	44 667	75 755	79 954	79 095	83 323	84 084	82 990	89 540	...
davon										
*Umsatzsteuer einschl. Umsatzausgleichsteuer	1000 DM	14 580	28 594	31 654	27 685	34 822	31 345	32 538	31 133	...
*Beförderungsteuer	1000 DM	281	944	1 013	876	922	1 192	1 049	967	...
*Zölle	1000 DM	1 381	6 778	8 003	7 164	7 693	8 520	8 338	7 743	...
*Verbrauchssteuern	1000 DM	27 474	38 800	38 847	42 000	39 562	42 816	42 568	49 474	...
darunter										
*Tabaksteuer	1000 DM	22 295	31 437	32 331	34 098	32 372	33 093	35 192	41 692	...
*Notopfer Berlin ²⁹⁾	1000 DM	951	639	439	1 371	324	211	-1 503	224	...
außerdem										
*Lastenausgleichsabgaben ³⁰⁾	1000 DM	5 569	5 341	11 476	2 828	3 118	4 520	12 416	2 622	...

25) ab 1956 ohne "Sportfahrzeuge ohne Tonnageangabe" 26) ab Oktober 1958 = vorläufige Zahlen 27) Monatszahlen: Bestand am Ende des Berichtszeitraumes 28) Rechnungsjahr 29) ohne Abgabe auf Postsendungen 30) 1950: nur Soforthilfe-Abgaben 1) 1950 (1. Vierteljahr geschätzt): Angaben aus 110 Fremdenverkehrsgemeinden, für das Sommerhalbjahr Mts.-Ø 61 000 Fremdenmeldungen mit 377 000 Übernachtungen; ab 1957: Angaben aus 165 Fremdenverkehrsgemeinden, für das Sommerhalbjahr 1957 Mts.-Ø 159 000 Fremdenmeldungen mit 1 084 000 Übernachtungen j) Stand: 31.12.

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1957	1957/58			1958/59			
		Monats-Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
noch: STEUERN										
*Landesteuern ³¹⁾	1000 DM	14 273	38 025	28 250	64 702	36 547	37 833	42 453	79 774	...
darunter										
*Lohnsteuer	1000 DM	3 467	12 285	14 890	13 178	17 384	19 797	16 623	11 287	...
*Veranlagte Einkommensteuer	1000 DM	6 264	13 535	2 681	32 014	9 655	7 639	7 526	39 684	...
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1000 DM	69	382	64	817	541	141	86	532	...
*Körperschaftsteuer	1000 DM	1 760	4 984	2 349	12 618	2 261	3 227	8 800	21 554	...
*Vermögenssteuer	1000 DM	268	1 328	3 238	496	642	535	3 740	659	...
*Kraftfahrzeugsteuer	1000 DM	1 210	3 170	2 949	3 286	3 663	3 561	3 259	3 630	...
*Biersteuer	1000 DM	248	396	338	356	337	507	469	397	...
Gemeindesteuern										
*Realsteuern insgesamt	1000 DM	26 416 ⁺	49 441 ⁺	.	51 951 ^k	.	.	.	65 332 ^k	.
davon										
*Grundsteuer A	1000 DM	6 231 ⁺	6 645 ⁺	.	6 678 ^k	.	.	.	6 834 ^k	.
*Grundsteuer B	1000 DM	9 320 ⁺	11 303 ⁺	.	11 397 ^k	.	.	.	11 840 ^k	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1000 DM	9 066 ⁺	27 674 ⁺	.	29 949 ^k	.	.	.	42 403 ^k	.
*Lohnsummensteuer	1000 DM	1 799 ⁺	3 820 ⁺	.	3 927 ^k	.	.	.	4 254 ^k	.
*Sonstige Steuern	1000 DM	3 335 ⁺	5 495 ⁺	.	5 699 ^k	.	.	.	6 263 ^k	.
PREISE										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950=100	100	106	102	103	102	99	99	98	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1950=100	100	132	133	134	134	131	132	p 132	...
Erzeugerpreise										
Industrieller Produkte	1950=100	100	124	124	125	126	125	125	125	...
landwirtschaftlicher Produkte	1950/51 =100	100 ^m	132 ⁿ	131	132	133	128	p 130	p 132	...
Wohnungsbaupreise										
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1950/51 =100	100 ^m	123 ⁿ	121	122	124	126	126	p 128	...
Einzelhandelspreise	1950=100	100	109	110	111	111	111	111	111	...
Preisindex für die Lebenshaltung ³²⁾	1950=100	100	115	117	118	119	118	119	119	...
darunter										
Ernährung	100	122	125	125	127	123	124	125	...	
Wohnung	100	119	119	119	120	121	121	121	...	
Heizung und Beleuchtung	100	136	138	139	140	145	145	145	...	
Bekleidung	100	101	103	103	104	104	104	104	...	
Hausrat	100	110	111	111	111	112	112	112	...	
LÖHNE UND GEHÄLTER ³³⁾										
Arbeiterverdienste in der Industrie ³⁴⁾										
Bruttowochenverdienste										
*männlich	DM	64,16	107,20	111,88	.	.	.	118,98	.	.
darunter										
Facharbeiter	DM	68,90	114,18	120,17	.	.	.	126,53	.	.
*weiblich	DM	37,09	62,00	64,21	.	.	.	69,99	.	.
Bruttostundenverdienste										
*männlich	Pf	130,4	223,4	231,5	.	.	.	247,5	.	.
darunter										
Facharbeiter	Pf	139,8	237,3	245,5	.	.	.	262,5	.	.
*weiblich	Pf	80,8	138,1	143,1	.	.	.	157,4	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std	49,2	48,0	48,3	.	.	.	48,1	.	.
*weiblich	Std	45,9	44,9	44,9	.	.	.	44,5	.	.
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std	.	45,8	46,6	.	.	.	45,5	.	.
*weiblich	Std	.	43,5	43,7	.	.	.	42,2	.	.
Angestelltenverdienste										
Bruttomonatsverdienste in der Industrie										
*kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	.	556	565	.	.	.	599	.	.
weiblich	DM	.	360	363	.	.	.	392	.	.
*technische Angestellte										
männlich	DM	.	651	664	.	.	.	703	.	.
weiblich	DM	.	389	387	.	.	.	412	.	.
Im Handel ³⁵⁾										
*kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	.	503	522	.	.	.	550	.	.
weiblich	DM	.	306	310	.	.	.	334	.	.
In Industrie und Handel zusammen										
*kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	.	519	533	.	.	.	565	.	.
weiblich	DM	.	323	326	.	.	.	352	.	.
*technische Angestellte										
männlich	DM	.	644	658	.	.	.	692	.	.
weiblich	DM	.	406	418	.	.	.	402	.	.

+) = Vierteljahresdurchschnitt

31) einschl. des an den Bund abzuführenden Anteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer 32) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltungen; mittlere Verbrauchergruppe mit monatlich rund 300 DM Lebenshaltungsausgaben bzw. 360 DM Haushaltseinnahmen
 33) Effektivverdienste; Zahlen ab 1957 wegen methodischer Umstellung mit früheren Ergebnissen nicht ohne weiteres vergleichbar; 1950 und 1957 Durchschnitt aus 4 Erhebungen 34) einschl. Baugewerbe 35) Handel, Geld- und Versicherungswesen
 k) 1.10. - 31.12. m) Wirtschaftsjahr 1950/51 (Juli - Juni) n) Wirtschaftsjahr 1957/58 (Juli - Juni)

b) Jahreszahlen

Art der Angabe	1)	Einheit	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
Wohnbevölkerung ²⁾ insgesamt	JD	1000	2 589	2 506	2 437	2 365	2 304	2 271	2 253	2 258
darunter										
Vertriebene ³⁾										
absolut	JD	1000	912	839	754	699	653	630	624	637
in % der Wohnbevölkerung ²⁾			35,2	33,5	30,9	29,5	28,4	27,8	27,7	28,2
Zugewanderte ⁴⁾										
absolut	JD	1000	104	101	131	131	132	132	135	139
in % der Wohnbevölkerung ²⁾			4,0	4,0	5,4	5,5	5,7	5,8	6,0	6,2
Beschäftigte Arbeitnehmer ⁵⁾	30.9.	1000	650	633	653	667	683	716	741	757
darunter in den Wirtschaftsbereichen										
Land- und Forstwirtschaft	30.9.	1000	104	97	95	92	88	86	81	78
Industrie und Handwerk (einschl. Bau)	30.9.	1000	260	249	264	279	294	318	334	346
Handel und Verkehr	30.9.	1000	121	123	130	134	140	148	158	163
Arbeitslose										
insgesamt										
absolut	30.9.	1000	178	157	119	90	75	57	45	34
je 100 Arbeitnehmer	30.9.		21,5	19,9	15,4	11,9	9,9	7,4	5,7	4,3
darunter										
Dauerarbeitslose ⁶⁾	30.9.	1000	58	72	58	44	35 ^a	16 ^a	17 ^a	9 ^a
UNTERRICHT, BILDUNG UND KULTUR										
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen ^{7) 8)}										
absolut	1.5.	1000	467	436	407	384	359	346	330	317
je 1 000 Einwohner	1.5.		177	172	165	160	154	151	145	141
VOLKSEINKOMMEN										
Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten ⁹⁾										
absolut	JS	Mio DM	2 921	3 329	3 533	3 751	4 012	4 473	4 952	p5 454
je Einwohner		DM	1 128	1 328	1 450	1 586	1 741	1 971	2 198	p2 415
INDUSTRIE¹⁰⁾										
Beschäftigte										
absolut	JD	1000	109	115	119	126	136	148	158	164
je 1 000 Einwohner			42	46	48	53	58	64	70	73
Löhne (Bruttosumme)	JS	Mio DM	245	301	334	378	424	488	534	581
Gehälter (Bruttosumme)	JS	Mio DM	68	80	92	103	117	134	156	174
Umsatz ¹¹⁾	JS	Mio DM	2 416	3 054	3 212	3 371	3 747	4 223	4 840	5 363
darunter										
Auslandsumsatz	JS	Mio DM	115	258	322	363	551	581	627	766
Index der industriellen Produktion einschl. Energie und Bau		1950=100	100	115	123	141	163	182	197	213
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN										
Baufertigstellungen										
Wohnungen ¹²⁾										
absolut	JS	1000	17,7	20,2	17,9	20,7	19,9	18,3	23,0	21,8
je 1 000 Einwohner			6,9	8,1	7,4	8,8	8,6	8,0	10,1	9,7
Anteil des sozialen Wohnungsbaues	JS	%	.	.	.	70,8	67,1	56,4	58,7	63,2
Wohnräume ¹³⁾										
absolut	JS	1000	59,1	69,5	60,5	69,4	69,9	67,9	83,9	79,5
je 1 000 Einwohner			23,1	27,9	25,0	29,6	30,3	29,8	37,0	35,3
HANDEL										
Index der Einzelhandelsumsätze insgesamt		1956=100	100	110
Ausfuhr nach Warengruppen										
absolut	JS	Mio DM	86,9	232,6	314,2	374,6	509,5	580,9	719,3	775,4
in % des Bundes			1,0	1,6	1,9	2,0	2,3	2,3	2,3	2,2
VERKEHR										
Kraftfahrzeugbestand										
Kraftfahrzeuge insgesamt	1.7.	1000	66 ^b	88 ^b	112	139	167	188	204	225
darunter										
Kraftfahrzeuge	1.7.	1000	22 ^b	31 ^b	41	52	63	70	72	73
Pkw ¹⁴⁾	1.7.	10.0	20 ^b	27 ^b	34	42	54	65	75	92
Lkw	1.7.	1000	16 ^b	19 ^b	23	26	28	28	27	28
STEUERN										
Bundessteuern										
absolut	RJ. (JS)	Mio DM	536	617	682	647	645	775	864	909
je Einwohner		DM	210	248	277	271	277	338	380	403
Landesteuern ¹⁵⁾										
absolut	"	Mio DM	171	251	329	345	366	347	414	456
je Einwohner	"	DM	67	101	134	145	158	152	182	202
Gemeindesteuern										
absolut	"	Mio DM	119	140	158	170	183	192	209	220
je Einwohner	"	DM	47	56	64	71	79	84	93	97

1) JD = Jahresdurchschnitt, JS = Jahressumme, Stand = Stichtag (Monat), RJ. = Rechnungsjahr 2) 1950 bis 1955: berechnet auf Grund der zurückgeschriebenen Ergebnisse der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungstatistik 1956; 1956: berechnet auf Grund der ab 25.9.1956 zurückgeschriebenen und ab 26.9.1956 fortgeschriebenen Ergebnisse der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungstatistik 1956; 1957: berechnet auf Grund der fortgeschriebenen Ergebnisse der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungstatistik 1956 3) 1950 und 1951 Inhaber von Landesflüchtlingsausweisen A, ab 1952 wie Anmerkung 1, Tab. a 4) 1950 und 1951 Inhaber von Landesflüchtlingsausweisen B 1, ab 1952 wie Anmerkung 2, Tab. a 5) Arbeiter, Angestellte und Beamte 6) über 52 Wochen in der Alfa Unterstützte 7) Stand 1950 - 1952: 15.5. 8) ohne Minderheitsschulen 9) von Scheingewinnen bzw. -verlusten nicht bereinigt 10) nach den Ergebnissen der monatlichen Industrieberichterstattung (im allgemeinen Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten) 11) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 12) 1950 - 1951: Normal- und Notbau, 1952 - 1957: Normalbau 13) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 14) einschl. Kombinations- und Krankenkraftwagen 15) einschl. des an den Bund abzuführenden Anteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer a) Stand: 31.8. b) im Verkehr befindliche Kraftfahrzeuge

c) Kreiszahlen

Kreisfreie Städte und Landkreise	Wohnbevölkerung ¹⁾ am 30. 11. 1958				Arbeitslose am 30. 9. 1958			Industrie ³⁾		
	ins-gesamt	darunter		Veränderung in % gegenüber Volkszählung		ins-gesamt	davon		Beschäftigte am 31.12. 1958	Umsatz ⁴⁾ in Mio DM im Dez. 1958
		Vertriebene ²⁾		1939	1950		männlich	weiblich		
		absolut	in %							
Flensburg	95 556	23 430	24,5	+ 35	- 7	1 802	806	996	7 155	27,6
Kiel	264 779	56 859	21,5	- 4	+ 3	4 859	1 939	2 920	32 067	73,3
Lübeck	230 539	74 401	32,3	+ 49	- 3	3 716	1 913	1 803	34 039	99,5
Neumünster	73 063	20 697	28,3	+ 35	- 1	1 764	659	1 105	11 343	19,2
Eckernförde	66 249	20 893	31,5	+ 55	- 24	953	538	415	1 387	3,0
Eiderstedt	19 166	3 635	19,0	+ 27	- 27	161	134	27	393	1,4
Eutin	88 973	31 231	35,1	+ 73	- 17	1 008	512	496	3 268	10,9
Flensburg-Land	62 755	14 153	22,6	+ 40	- 20	664	349	315	667	1,3
Hzgt. Lauenburg	130 149	46 130	35,4	+ 79	- 13	2 040	1 300	740	8 841	17,5
Husum	61 681	11 398	18,5	+ 30	- 21	492	233	259	813	1,6
Norderdithmarschen	58 058	14 724	25,4	+ 31	- 25	384	176	208	870	2,1
Oldenburg (Holstein)	77 573	23 298	30,0	+ 46	- 22	1 337	712	625	971	6,7
Pinneberg	203 839	64 434	31,6	+ 83	+ 2	1 413	626	787	18 041	64,1
Plön	107 715	30 013	27,9	+ 60	- 13	1 143	600	543	1 654	7,5
Rendsburg	154 590	43 045	27,8	+ 57	- 16	1 763	706	1 057	9 105	23,5
Schleswig	97 996	22 416	22,9	+ 26	- 23	893	468	425	3 353	22,5
Segeberg	91 502	28 891	31,6	+ 70	- 18	814	431	383	4 081	12,7
Steinburg	122 700	36 328	29,6	+ 42	- 21	948	488	460	8 503	27,6
Stormarn	135 567	45 584	33,6	+ 100	- 7	813	359	454	6 547	73,4
Süderdithmarschen	72 835	17 629	24,2	+ 35	- 26	307	214	93	4 406	26,3
Südtondern	58 637	11 174	19,1	+ 27	- 18	160	82	78	1 125	2,5
Schleswig-Holstein	2 273 922	640 363	28,2	+ 43	- 12	27 434	13 245	14 189	158 629	524,2

Kreisfreie Städte und Landkreise	Baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben im 4. Vierteljahr 1958						Einnahmen aus Gemeindesteuern vom 1. bis 3. Rv.j. 1958			
	Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude		Umbauter Raum in allen ganzen Gebäuden		Wohnungen		ins-gesamt in 1000 DM	darunter		
	ins-gesamt	darunter für Wohngebäude	ins-gesamt	darunter in Wohngebäuden	ins-gesamt	in ganzen Wohngebäuden		Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital und Lohnsumme		
								absolut in 1000 DM	absolut in DM	Veränd. in % geg. 1. - 3. Rv.j. 1957
	1 000 DM		1 000 cbm				je Einwohner			
Flensburg	7 432	5 316	108	82	281	270	8 200	5 276	56,05	+ 7
Kiel	28 658	24 338	457	381	1 189	1 139	29 070	20 389	78,16	+ 2
Lübeck	15 147	10 988	251	162	493	469	30 805	22 122	96,16	+ 27
Neumünster	3 363	2 741	57	42	118	113	7 716	5 306	73,08	+ 7
Eckernförde	4 797	4 160	78	63	164	142	3 645	1 348	20,31	+ 13
Eiderstedt	888	412	13	6	20	14	1 414	375	19,40	+ 12
Eutin	6 467	5 442	108	91	257	239	5 748	2 637	29,66	+ 14
Flensburg-Land	2 449	2 171	52	41	102	88	2 769	914	14,71	+ 26
Hzgt. Lauenburg	9 802	6 149	149	102	343	293	8 551	4 685	36,11	+ 4
Husum	6 806	5 950	115	100	224	215	3 532	1 395	22,76	+ 10
Norderdithmarschen	4 940	3 413	114	55	205	184	3 639	1 473	25,17	+ 10
Oldenburg (Holstein)	9 897	7 079	157	110	311	290	5 104	2 018	26,17	+ 7
Pinneberg	30 351	23 731	469	348	1 090	1 000	15 970	10 823	53,43	+ 9
Plön	7 071	5 585	128	93	285	251	5 606	2 173	20,35	+ 6
Rendsburg	11 765	9 592	223	160	467	416	9 360	5 134	32,96	+ 15
Schleswig	6 752	5 466	141	102	263	239	5 387	2 537	25,77	+ 13
Segeberg	5 825	4 384	115	77	243	211	5 161	2 330	25,53	+ 21
Steinburg	6 900	6 473	111	96	293	274	8 994	5 399	43,99	+ 3
Stormarn	30 663	16 185	423	258	909	830	10 318	6 399	47,79	+ 46
Süderdithmarschen	6 322	3 346	99	53	200	165	4 931	2 406	32,70	+ 33
Südtondern	5 298	3 726	94	67	144	119	4 405	2 357	40,52	+ 40
Schleswig-Holstein	211 593	156 647	3 472	2 489	7 601	6 961	180 324	107 496	47,47	+ 14

1) nach den Ergebnissen der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956 fortgeschrieben 2) Vertriebene sind Deutsche, die am 1.9.1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 3) nach den Ergebnissen der monatlichen Industrieberichterstattung (im allgemeinen Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten) 4) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagarbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM BUND*

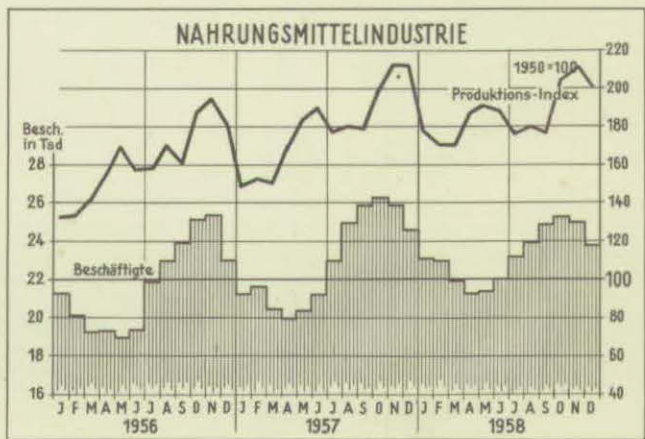
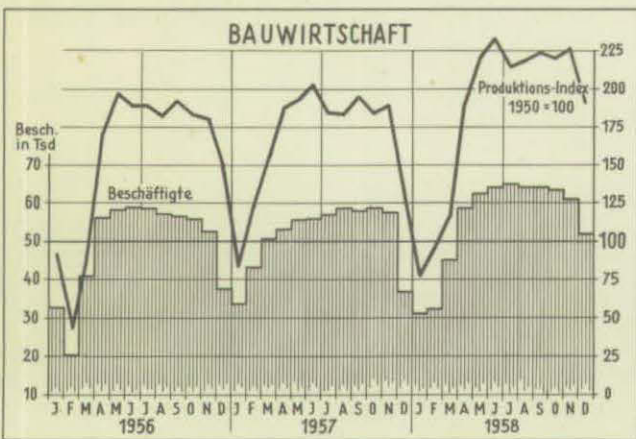
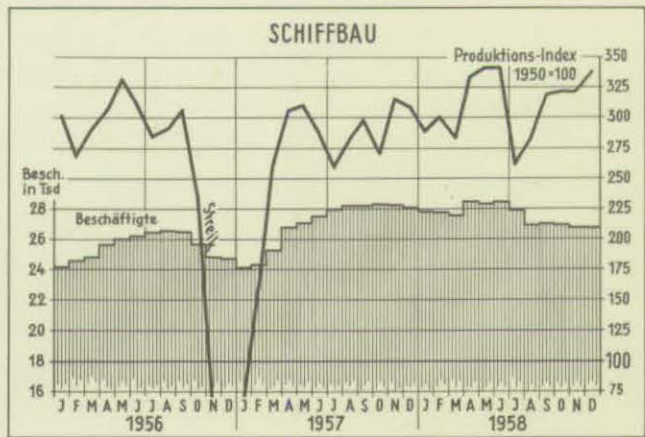
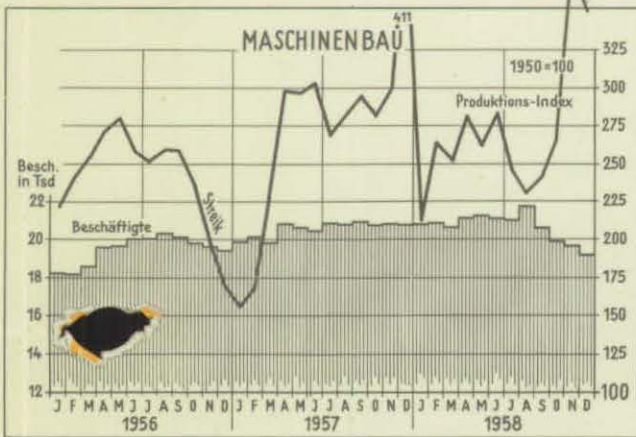
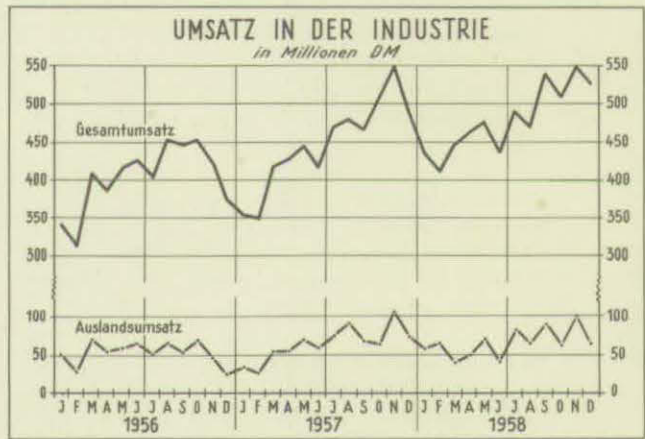
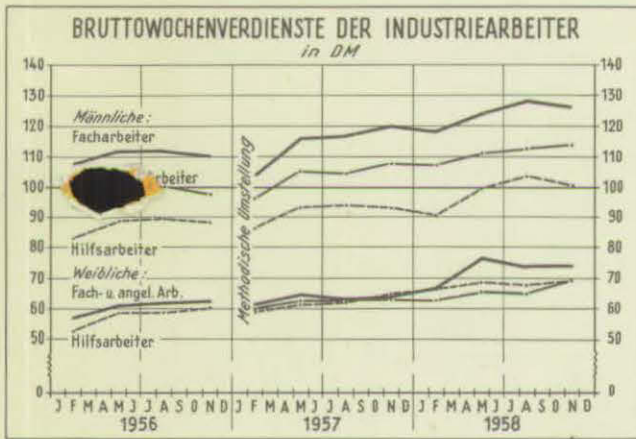
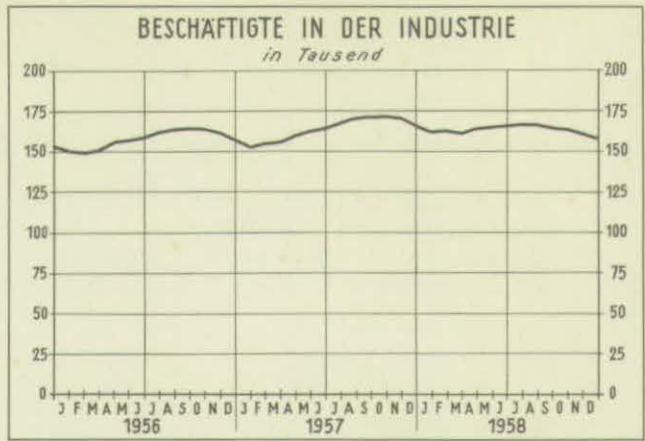
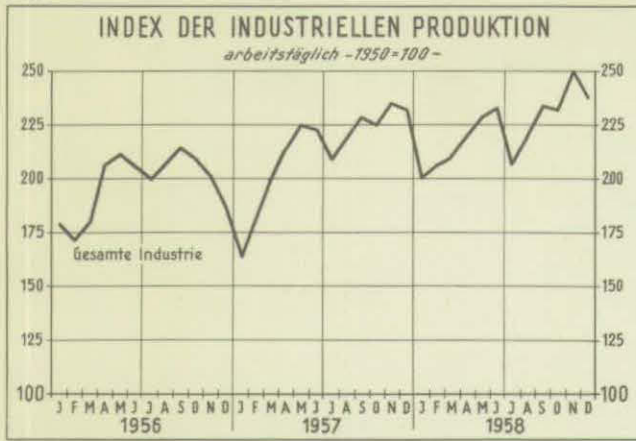
Bezeichnung	Zeit Stand	Bund	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Württbg.	Bayern
Bevölkerung											
Fortgeschriebene Wohnbevölkerung ¹											
in 1000	30.9.1958	51 304	2 274	1 801	6 513	674	15 397	4 638	3 347	7 403	9 256
darunter											
Vertriebene ²											
in % der jew. Wohnbevölkerung	"	18,2	28,2	13,6	25,6	15,2	15,8	18,5	8,8	17,9	19,1
Zugewanderte ³											
in % der jew. Wohnbevölkerung	"	6,1	6,4	8,6	7,3	7,5	6,9	7,1	4,5	5,9	3,7
Veränderung in %											
30.9.1958 gegenüber VZ 1939	"	+30,4	+ 43,1	+ 5,2	+ 43,5	+ 19,8	+ 29,0	+ 33,3	+ 13,1	+ 35,2	+ 30,7
30.9.1958 * VZ 1954	"	+ 9,0	- 11,9	+ 14,8	- 3,5	+ 23,4	+ 18,6	+ 9,0	+ 13,6	+ 17,0	+ 1,5
Bevölkerungsdichte ⁵ , Einwohner je qkm	"	209	145	2 411	137	1 670	453	220	169	207	131
Arbeit											
Beschäftigte Arbeitnehmer ⁶											
in 1000	31.12.1958	18 760	715	774	2 269	275	6 239	1 622	1 012	2 801	3 054
Arbeitslose											
in 1000	"	931	65	17	157	13	158	84	77	58	301
je 100 Arbeitnehmer ⁷	"	4,7	8,3	2,2	6,5	4,5	2,5	4,9	7,1	2,0	9,0
Arbeitslose Vertriebene											
in % aller Arbeitelosen des betr. Landes	"	20,0	31,4	7,5	25,9	8,3	10,5	19,6	8,9	25,6	21,5
Volkseinkommen											
Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten ⁸											
absolut in Mio DM	1956	149 627	4 952	8 337	16 304	2 704	51 584	13 034	7 558	21 900	23 255
	1957 ⁹	161 335	5 454	9 022	17 740	2 928	55 613	13 903	8 218	23 440	25 017
je Einwohner in DM	1956	3 005	2 198	4 780	2 516	4 270	3 501	2 888	2 328	3 088	2 554
	1957 ⁹	3 196	2 415	5 087	2 735	4 471	3 699	3 041	2 498	3 235	2 732
Landwirtschaft											
Gemüseernte											
in 1000 t	1958	1 139	221	50	143	2	322	59	82	139	122
in kg je Einwohner	"	22,2	97,1	27,6	21,9	2,4	20,9	12,7	24,5	18,8	13,2
Erzeugung von Kuhmilch ⁹											
in 1000 t	Dez.1958	1 334	122	2	246	2	207	92	67	191	404
in kg je Kuh und Tag	"	7,7	9,2	9,1	8,3	7,9	8,6	7,6	6,4	7,2	7,2
Industrie											
Beschäftigte ¹⁰											
in 1000	30.11.1958	7 280	162	224	653	103	2 788	599	337	1 321	1 093
je 1000 Einwohner	"	142	71	124	100	153	181	129	101	178	118
Umsatz ¹⁰											
insgesamt in Mio DM	Nov.1958	17 473	549	925	1 727	327	6 687	1 368	787	2 856	2 248
darunter											
Auslandsumsatz in Mio DM	"	2 532	103	115	262	51	943	252	137	409	259
Produktionsindex ¹¹ (arbeitsmäßig; 1950=100)	"	p 235	251	228	p 248	p 241	.	.	258	245	p 233
Bauwirtschaft⁹ 12 und Wohnungswesen											
Beschäftigte											
in 1000	30.11.1958	1 327	61	46	174	22	411	113	75	191	235
je 1000 Einwohner	"	26	27	26	27	32	27	24	22	26	25
Geleistete Arbeitsstunden											
insgesamt in Mio	Nov.1958	217	10	8	29	4	66	18	12	30	39
je Einwohner	"	4,2	4,5	4,3	4,4	5,5	4,3	4,0	3,7	4,1	4,2
Zum Bau genehmigte Wohnungen ¹³											
absolut	"	46 551	2 295	1 607	5 848	1 295	13 950	4 132	2 193	6 647	8 584
je 10 000 Einwohner	"	9,1	10,1	8,9	9,0	19,2	9,1	8,9	6,6	9,0	9,3
Fertiggestellte Wohnungen (Normalwohnungen)											
absolut	"	52 442	1 594	1 823	5 866	1 571	18 669	1 778	3 128	7 267	10 746
je 10 000 Einwohner	"	10,2	7,0	10,1	9,0	23,3	12,1	3,8	9,3	9,8	11,6
Ausfuhr											
Ausfuhr insgesamt in Mio DM ⁹	Nov.1958	3 228 ^a	73	130	299	47	1 219	299	155	516	350
Steuern											
Steueraufkommen je Einwohner in DM											
Landessteuern ¹⁴	2.Rvj. 1958	98	61	205	78	141	115	105	61	101	76
Bundessteuern ¹⁵	"	105	109	414	78	261	111	67	88	96	75
Gemeindesteuern	"	33	25	48	29	49	42	32	26	33	25
Geld und Kredit											
Bestand an Spareinlagen											
je Einwohner in DM	30.11.1958	617	450	914	572	732	657	583	536	637	588
Fürsorge											
Öffentliche Fürsorge ¹⁶											
Aufwand je Einwohner in DM	Rj.1957	26,49	34,09	41,07	24,79	38,99	29,78	25,22	19,85	23,18	22,52
Lfd. unterstützte Personen der off.Fürs. ¹⁷											
je 1000 Einwohner	"	17,8	28,3	18,5	19,0	26,7	18,8	18,4	14,5	15,0	15,3

*) ohne Saarland und Berlin (West)

1) nach den Ergebnissen der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956 2) Vertriebene sind Deutsche, die am 1. 9. 1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 3) Zugewanderte sind Deutsche, die am 1. 9. 1939 in Berlin oder der sowjetischen Besatzungszone gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 4) berechnet auf die rückwirkend berichtete Bevölkerungszahl auf Grund der Ergebnisse der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956 5) Gebietsstand: 30. 6. 1958 6) Arbeiter, Angestellte und Beamte 7) Beschäftigte und Arbeitslose 8) von Scheingerinnen bzw. -verlusten nicht bereinigt 9) vorläufige Zahlen 10) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft 11) Gesamtindex (ohne Bau) 12) nach den Ergebnissen der Totalerhebung (hochgerechnet) 13) in baupolizeilich genehmigten Bauvorhaben (Normalbau) 14) einschl. des Bundesanteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer (35 % im Rechnungsjahr 1958) 15) einschl. Notopfer Berlin 16) ohne "Sonstige Leistungen" 17) 8 aus den 4 Rechnungsvierteljahren 1957

a) einschl. der aus der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) ausgeführten Waren, die in anderen als den nachstehend genannten Ländern hergestellt oder gewonnen wurden (z. B. Rückwaren) oder deren Herstellungsland nicht festgestellt werden konnte. Vom Berichtsmonat Januar 1956 an auch einschl. Ersatzlieferungen

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN B*



*) Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen in monatlichem Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerungsentwicklung (insgesamt und monatlich); Beschäftigte Arbeitnehmer; Arbeitslose; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen; Straßenverkehrsunfälle.

Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, Heft 1/1959

Die Landtagswahl am 28. 9. 1958 in Schleswig-Holstein
Die Familien in den Haushalten Schleswig-Holsteins
Die Vieh- und Fleischwirtschaft im Wirtschaftsjahr 1957/58
Die Gasversorgung Schleswig-Holsteins 1955 - 1957

Die Getreideernte 1958
Rundfunk und Fernsehen

Statistische Berichte

im Januar 1959 sind erschienen:

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

- X Berufliche und soziale Eingliederung der Vertriebenen in Schleswig-Holstein (Ergebnisse der statistischen Auswertung der Antragsformulare zum Bundesvertriebenenausweis)

Gesundheitswesen

Neuerkrankungen an meldepflichtigen Krankheiten in Schleswig-Holstein - Dezember 1958 -
Tuberkulose-Fürsorgefälle in Schleswig-Holstein - 3. Vierteljahr 1958 -

Bodenbenutzung und Anbau

Anbau von landwirtschaftlichen Zwischenfrüchten und Futterpflanzen zur Samengewinnung sowie der Einsatz von Mähreschern in Schleswig-Holstein - Jahr 1958 -

Wachstumstand und Ernte

Ernteberichterstattung über Feldfrüchte und Grünland in Schleswig-Holstein
Die Ernte 1958 (Jahreszusammenstellung mit Vergleichszahlen)
Pflanzenbestände in Baumschulen in Schleswig-Holstein (ohne Forstpflanzen einschl. Pappeln) - Jahr 1958 -

Viehwirtschaft

Schlachtungen in Schleswig-Holstein - November 1958 -
Milcherzeugung und -verwendung in Schleswig-Holstein - November, Dezember 1958 -

Industrie

Schleswig-holsteinische Industrie (Monatlicher Industriebericht) - Oktober, November 1958 -

Handwerk

Handwerk in Schleswig-Holstein - 3. Vierteljahr 1958 -

Baugewerbe

Bauhauptgewerbe in Schleswig-Holstein (Monatliche Bauberichterstattung) - November 1958 -

Gebäude und Wohnungen

Erteilte Baugenehmigungen in Schleswig-Holstein - November 1958 -

Handel

Umsätze im Einzelhandel in Schleswig-Holstein (Endgültiges Ergebnis) - November 1958 -
Umsätze im Einzelhandel in Schleswig-Holstein (Schnellbericht) - Dezember 1958 -
Warenverkehr Schleswig-Holsteins mit Berlin (West) und mit dem Währungsgebiet der DM-Ost - 4. Vierteljahr 1958 -

Ausfuhr

Ausfuhr Schleswig-Holsteins - Oktober, November 1958 -

Geld und Kredit

Hypothekenbewegung in Schleswig-Holstein - 3. Vierteljahr 1958 -

Preise

Erzeuger- und Grosshandelspreise für Agrarerzeugnisse in Schleswig-Holstein - November 1958 -
Einzelhandelspreise in Schleswig-Holstein - Dezember 1958 -
Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet - November 1958 -
Preisindex für den Wohnungsbau in Kiel und Lübeck (1936 = 100) (Vorläufige Zahlen) und Preise für Baustoffe und Bauarbeiten im Landesdurchschnitt - Mitte November 1958 -

Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 43 602, Hausapp. 85. Schriftleitung: Dipl.-Psych. Heinemann, Kiel. Bezugspreis: Einzelheft 2,- DM, Vierteljahresbezug 5,- DM, Jahresbezug 15,- DM. Bestellungen nimmt entgegen: Stat. Landesamt Schleswig-Holstein

- Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen